Dienstag, 10. Januar 1928
10. Jahrgang Nummer 8

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ohle 2719. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ring 8837. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 18. Telephon 1065. Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Wachsende Kampfstimmung in DG.

Die Hüttenarbeiter geben nicht nach

Gleiwitz, 10. Januar. — Unter dem Eindruck der Meldungen über den Kampf der westfälischen und sächsischen Hüttenarbeiter macht sich auch in Oberschlesien eine Bewegung bemerkbar. Die Hüttenarbeiter sind durchaus nicht einverstanden, daß sie trotz des Kampfes im Westen tatenlos dastehen sollen. Allgemein herrscht Empörung über die vollkommen passive Haltung der DMV.-Führer. Nicht nur die Hüttenarbeiter, auch andere Berufe, wie z. B. die Eisenbahner, halten die Organisierung des gemeinsamen Kampfes für notwendig.

Oberschlesische Hüttenarbeiter, heraus aus der Passivität! Zwingt die DMV.-Führer, euch sofort in den Kampf um den Achtstundentag und Lohnerhöhung zu führen!

*

Kampfansage gegen die Verbindlichkeitserklärung in Sachsen

TU. Dresden, 9. Januar. — Ueber die Besprechungen, die am Sonnabend in Riesa zwischen den beiden Parteien der sächsischen Hüttenindustrie unter Teilnahme eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums stattfanden, erfährt die Telegraphen-Union, daß die Arbeitnehmer nach wie vor auf ihrem Standpunkt beharren und die im Schiedsspruch vorgesehene Regelung der Sonntagsarbeit mit der Begründung ablehnen, daß diese ungesetzlich sei. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte im Gegensatz zu dieser Stellungnahme der Arbeitnehmer, daß hier keine Ungesetzlichkeit vorliege. Daraufhin wurde von den Vertretern der Arbeitnehmer mitgeteilt, daß sie im Falle der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches die Leistung der Sonntagsschichten ablehnen, und lediglich die zur Fortführung des Betriebes notwendige Sonntagsarbeit leisten würden.

*

Wie wir nachträglich erfahren, sind die Schiedssprüche für Sachsen für verbindlich erklärt worden.

*

Die Regierungskommission untersucht

Riesa-Gröditz, 10. Januar. (Eig. Drahtber.) Ende vergangener Woche ist in dem Lauchhammerwerk eine Kommission aus Berlin eingetroffen, die prüfen soll, ob die Arbeiten des Werkes unter den Schiedsspruch der nordwestlichen Gruppe fallen. Der Reichsarbeitsminister Brauns wird dann auf Grund dieser „Prüfung" die Verbindlichkeitserklärung aussprechen.

*

Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium

TU. **Berlin, 9. Januar.** — Wie die Telegraphen-Union erfährt, finden morgen Verhandlungen der Vertreter der Tarifparteien der Großeisenindustrie im Reichsarbeitsministerium statt. Zur Erörterung stehen vor allen Dingen die Schwierigkeiten, die sich aus der Fassung des Schiedsspruches bezüglich einiger wichtiger technischer Fragen ergeben haben.

*

Vor dem Schiedsspruch forderten die DMV.-Führer den Achtstundentag für alle Arbeiter, Lohnausgleich und Lohnzulage. Jetzt verhandeln sie über die Durchführung des Spruches. Mit dieser Feststellung wird der Rückzug gekennzeichnet, den die reformistische Führung angetreten hat. Erfreulicherweise haben die Hüttenarbeiter durch die beschlossenen und durchgeführten Teilaktionen die Führer gezwungen, etwas energischer vorzugehen. Die Kampfansage, auch trotz der Verbindlichkeitserklärung in Sachsen die Sonntagsarbeit abzulehnen, ist nur auf den Druck der im Kampf stehenden Mitgliedschaft zurückzuführen. Es muß offen ausgesprochen werden, daß die Erkämpfung der in den Schiedssprüchen festgelegten Arbeitszeitänderungen ungenügend ist, wenn damit nicht der volle Lohnausgleich und eine angemessene Lohnerhöhung verbunden ist, wenn darüber hinaus nicht die Front auf die gesamte Metallarbeiterschaft verbreitert wird, um solidarisch und in fester Kampfgemeinschaft für die gesamten Metallarbeiter den Achtstundentag und die anderen Forderungen zu erkämpfen. Das ist die Frage, und sie kann nur gelöst werden durch die Aufnahme des Kampfes, durch den Streik der gesamten Metallarbeiterschaft. Nur das ist der Weg zum vollen Sieg.

„Büro Luther"

Der außenparlamentarische Klub des Bürgerblocks

Wie wir gestern meldeten ist ein „Bund zur Erneuerung des Reiches" gebildet worden. Unter der Führung des ehemaligen Reichskanzlers Luther vereinigt er etwa 200 Großindustrielle, Bankiers, Großagrarier und Bürgermeister. Dieser Bund setzt sich zum Ziel, anzuknüpfen an die Tradition des wilhelminischen Imperialismus, deren Ausdruck nach innen eine verschärfte Bürgerblockdiktatur sein wird.

Die verschiedenen Blätter der Fraktionen des Bürgerblocks begrüßen natürlich aufs wärmste die Bildung ihres Bundes, der den Versuch darstellt, die verschiedenen Fraktionen unter eine einheitliche Leitung zu bringen. Es ist sozusagen die Zelle der künftigen großbürgerlichen Einheitspartei.

Diese grundsätzliche Zustimmung ist allerdings bei Demokraten, Zentrum, aber auch bei der Volkspartei von einem Körnchen Bitternis getrübt. Die Gründung des Büros Luther steht, wie schon der Name sagt und wie die Wahl des Vorsitzenden beweist, am nächsten dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen. So kann man selbst in der „Täglichen Rundschau" lesen, daß bei einem Zusammenschluß wie dem vorliegenden, der allerdings lobenswert sei und zu begrüßen, gewisse Gefahren vorliegen, „weil man in dem Bestreben, eine gemeinschaftliche Basis herauszuarbeiten und die Widersprüche schonend auszugleichen, nur schwer zu einem klaren Programm kommen kann, das allein den Erneuerungsbund aktionsfähig zu machen vermag". Noch ein wenig unfreundlicher drücken sich Zentrumsleute und, versteht sich, die tapferen Demokraten aus.

Am allerunfreundlichsten aber stellen sich die Faschisten dem Erneuerungsbund gegenüber. Es ist klar, warum. Der Erneuerungsbund, das ist die eigentliche Konkurrenz. Die faschistischen Verbände wittern im Büro Luther die starke großbürgerliche Konzentration, die für die kommenden ernsten Auseinandersetzungen der Klassen weit unabhängiger den kleinbürgerlichen faschistischen Garden gegenüber stehen wird, die durch ihre Organisationskraft den faschistischen Banditen den Kaufpreis für die Teilnahme im Bürgerkrieg diktieren werden, und sicher ihn niedrig genug ansetzen werden. Deshalb schreibt beispielsweise der „Jungdeutsche" zu Büro Luther:

> „Dieses neue „Büro Luther" zeigt, daß die großen Verbände und Konzerne der Wirtschaft, nachdem sie ihre eigene Rationalisierung durchgeführt haben, nun daran gehen, auch den Staat nach ihrem Willen zu rationalisieren. Den Parlamentarismus haben sie sich auf dem Wege über die Parteien bereits dienstbar gemacht und setzen nun darüber noch einen geschickt aufgebauten, außerparlamentarischen Klub."

Die jungdeutschen Brüder hätten gar zu gerne gesehen, daß sie alleine den „außerparlamentarischen Klub der Bourgeoisie" besetzt hielten. In seinem Aerger spricht der „Jungdeutsche" ziemlich unverhohlen aus, daß der außerparlamentarische Klub die Konstituierung einer Art obersten Klassenvertretung ist, die ähnlich wie im alten imperialistischen Staate das Oberhaus, den — entscheidenden Einfluß auf die Politik des Staates der Trustbourgeoisie ausüben soll:

> „Man muß den Bestrebungen des Büros Luther dann kritisch gegenüberstehen, wenn sie dazu führen, den großen Konzernen noch mehr politische Macht im Staate zu verschaffen, als sie heute schon auf dem Wege über den Reichstag besitzen. Man weiß, daß in den Kreisen, die Reichskanzler a. D. Dr. Luther nahestehen, viel von einem neuen Oberhaus gesprochen wird, das sich auf den großen Verbänden der Wirtschaft aufbaut und den Staat kontrolliert."

Der „Jungdeutsche" ist mit Recht beunruhigt über die Tatsache, daß die Geschicklichkeit der Großbourgeoisie wenigstens in der gegenwärtigen Entwicklungsphase die Benutzung auch der geläuterten Reste des faschistischen Banditentums geringschätzt und, mit Ausnutzung der demokratischen Mittel, faktisch die brutalste Klassendiktatur führt und eine noch brutalere vorbereitet.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist es besonders interessant, festzustellen, daß sich unter den Unterzeichnern des Aufrufes neben dem sozialdemokratischen Bürgermeister Beims von Magdeburg u. a. auch Gustav Noske, Oberpräsident von Hannover und frischgebackener Reichstagskandidat der SPD., befindet. Der sozialdemokratischen Presse, die sich noch der Fußtritte erinnert, die Luther ihrer Partei versetzt hat, ist das natürlich besonders unangenehm. Die Breslauer „Volkswacht", die die ganze Gründung als „Geschäftl-Lutherei" bezeichnet, erklärt es für unmöglich, „daß ein Sozialdemokrat einem Bunde angehört, der schon in seiner ersten

Dritter Internationaler Freidenkerkongreß in Köln

Vom 4. bis 8. Januar tagte im Kölner Volkshaus der dritte Internationale Freidenker-Kongreß. Vertreten waren Freidenkerorganisationen aus Deutschland, Oesterreich, der Tschechoslowakei, Frankreich, Belgien, der Sowjetunion und Dänemark. Die polnische Delegation, von der ihr Genosse Bittner mit einem grundlegenden Referat beauftragt war, ist verhaftet worden, und sein vorbereitetes Referat wird ihm in Polen wahrscheinlich einen Prozeß wegen Gotteslästerung einbringen. Der sowjetrussischen Delegation wurden vom deutschen Konsulat in Moskau Schwierigkeiten bereitet, so daß sie erst verspätet eintraf.

Der Kongreß wurde durch eine Ansprache des Vorsitzenden der Internationale, Hartwig, eröffnet, der besonders der Juliopfer in Wien gedachte. Es folgten dann Begrüßungsschreiben und Telegramme, wobei die Begrüßungstelegramme der Universitäten von Moskau, Leningrad und Asserbaitschan besonders starken Beifall auslösten. Der Beifall steigerte sich noch mehr, als Genosse Hartwig ironisch bemerkte, daß von einer deutschen Universität kein Begrüßungstelegramm eingelaufen sei. Während der Parteivorstand der SPD. und der Vorstand des ADGB. bei der Eröffnung nicht vertreten waren, begrüßte Genosse Schneller den Kongreß im Namen der Exekutive der Kommunistischen Internationale und des Zentral-Komitees der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Der zweite Verhandlungstag war ausgefüllt durch die Eröffnung der Freidenkerausstellung und die Berichterstattung der einzelnen nationalen Sektionen. Aus dem Bericht des Generalsekretärs Franzl-Wien erfuhr man, daß 10 Länder mit 16 Organisationen angeschlossen sind. Die Internationale umfaßt jetzt 1 800 000 Mitglieder. Davon sind aber nur 460 000 zahlende. Der politisch schlechteste und in jeder Beziehung dürftige Bericht wurde von dem Kultursekretär Schmidt des Deutschen Verbandes, der jetzt 522 000 Mitglieder zählt, erstattet.

Ferner wurde der Tätigkeitsbericht des russischen Gen. Scheimann über den Bund der Gottlosen entgegengenommen, der außerordentlich starkes Interesse erregte und den wir demnächst auszugsweise veröffentlichen werden.

Zum Wiederaufnahmeverfahren Max Hoelz

Am 6. Januar fand eine Besprechung zwischen Max Hoelz und seinem Rechtsbeistand Dr. Apfel und Professor Felix Halle, dem Genossen Artur Golke als Vertreter der KPD. sowie Vertretern der Roten Hilfe und Vertretern der vogtländischen Arbeiterschaft im Zuchthaus Sonnenburg statt. Die Verteidiger legten den Entwurf eines Wiederaufnahmeantrags vor. Es wurde beschlossen, den Antrag nach Abschluß einiger ergänzenden Ermittelungen noch im Laufe des Januar beim Reichsgericht einzureichen. Die Ergänzungsermittlungen sind notwendig geworden auf Grund einer Wiedereröffnung der Voruntersuchung gegen Erich Friehe, von der die Verteidigung amtlicherseits nicht benachrichtigt worden war.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, stützt sich der Wiederaufnahmeantrag nicht nur auf das bekannte Geständnis des Erich Friehe und den Widerruf des Zeugen Walter Uebe, sondern die Verteidigung hat weitere neue Tatsachen ermittelt, die einen schweren Justizirrtum in einem anderen mit dem Fall Hoelz im engsten Zusammenhang stehenden Verfahren betreffen und bei ihrem Bekanntwerden großes Aufsehen erregen werden

Kundgebung gegen die Wirtschaft der öffentlichen Hand auftritt."

Um solche Proteste wird sich Herr Noske natürlich nicht kümmern. Er macht sich gewiß lustig über das Gekläff der Blätter, die ihn binnen kurzem als Reichstagskandidat auf den Schild heben werden. Im übrigen stellen wir fest, daß **wiederum führende Sozialdemokraten den Agenten der Großbourgeoisie bei der Verschleierung ihrer Aufgaben behilflich waren.**

10 SPD.-Minister

aktiver Presseforruption beschuldigt

Wo bleibt ihre Antwort?

Vor drei Tagen hat der Reichswehrminister Geßler in seiner öffentlichen Erklärung behauptet, daß alle maßgebenden Stellen, d. h. alle Mitglieder der Reichsregierungen seit 1920, gewußt haben, daß das Münchener Geßler-Büro, der „Süddeutsche Zeitungs-Dienst", zum Zweck einer großzügigen Pressebeeinflussung vom Reich subventioniert wurde. Auch die sozialdemokratische Presse hat bisher solche Subventionierungen als Korruption bezeichnet.

Diese schwere Anschuldigung aktiver Presselorruption richtet sich auch gegen die 10 sozialdemokratischen Reichsminister, die in der Zeit von 1920 bis 1923 amtiert haben, nämlich Hermann Müller, Köster, Gustav Bauer, Robert Schmidt, Schlicke, David, Bradnauer, Radbruch, Sollmann und Hilferding.

Obwohl es sonst bei der SPD. üblich ist, auf solche Anschuldigungen sofort ein Dementi oder eine Berichtigung erfolgen zu lassen, hat seit der Veröffentlichung dieser Erklärung des Reichswehrministers die gesamte SPD.-Presse kein Sterbenswörtchen mehr darüber verlauten lassen. Wenn dies verdächtige Schweigen nicht als Eingeständnis der Schuld aufgefaßt werden soll, müssen auch die genannten sozialdemokratischen Minister unzweideutig die Frage beantworten:

Haben auch sie, wie Geßler behauptet, von dem Münchener Geßler-Büro gewußt?

Haben auch sie der Subventionierung dieses Büros aus Reichsmitteln zugestimmt?

Wenn ja, warum haben sie über diese amtliche Presselorruption bis jetzt geschwiegen?

Die Phoebus-Film-A-G. verkauft

TU. Berlin, 9. Januar. — Das Reichswehrministerium hat die Phoebus-Film-A.-G. an die Gruppe Lustig verkauft.

TU. Berlin, 10. Januar. — Wie der „Börsen-Courier" zu dem Verkauf der Phoebus an die Emelka bemerkt, soll das Produktions-, Verleih- und Theater-Geschäft unverändert selbständig bleiben und nicht mit der Emelka verbunden werden. Damit soll die Gefahr gebannt sein, daß die Phoebus-Theater in Berlin und im Reich in den Dienst der amerikanischen First-National gestellt werden.

*

Wie die „nationalen" Belange aussehen, um die es bei dem Verkaufsstreit ging, das zeigt deutlich folgende Meldung von gestern:

(Eig. Drahtber.) Berlin, 9. Januar.

Der Emelka-Filmkonzern, hinter dem amerikanische Firmen stehen, bietet für die Phoebus-Aktien des Reichswehrministeriums so viel, daß das Reichswehrministerium immerhin noch 7 bis 8 Millionen Mark Verluste hat. Der deutschnationale „Lokalanzeiger" und die demokratische „Vossische Zeitung" liefen beide gegen die Emelka Sturm. Sie behaupteten, für das „nationale Interesse" einzutreten, aber jetzt wird bekannt, daß die hinter ihnen stehenden Kapitalisten Hugenberg und Ullstein selber die Phoebus-Aktien kaufen wollen, und zwar — für einen geringeren Preis. Neben der Korruption im Reichswehrministerium enthüllt der Phoebus-Skandal nunmehr auch den korrupten bürgerlichen Pressesumpf.

Vom Tage

An der Führertagung des Stahlhelms in Kiel, bei der besonders auf die Zusammenarbeit mit den Großagrariern hingewiesen wurde, nahm auch der Exprinz Heinrich (!) teil.

Der Korruptionsprozeß gegen Barmat, der immer größere Bloßstellungen führender Sozialdemokraten, wie Hellmann, Bauer und Richter bringt, dauert bereits ein Jahr, umfaßt 2800 Seiten Protokolle, und kostet bisher 230 000 Mark.

In Berlin findet der Beleidigungsprozeß des Jungdeutschen v. Treskow gegen seine agrarischen Widersacher statt. Als die Pläne dieser Leute zur Sprache kamen, wurde bezeichnenderweise die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

In den Vorstand des litauischen Bundes der Landwirte wurden drei Generäle gewählt und ein Vorstoß gegen Woldemaras beschlossen.

Der französische sozialistische „Populaire" veröffentlicht Beweise dafür, daß die ungarische Regierung die Blumensteinschen Anleihefälschungen unterstützt und selbst Fälschungen verkauft habe.

Die tschechische Regierung strebt erneut die Enteignung dreier deutscher Kurorte, und zwar diesmal in der Hohen Tatra, an.

Mit einer in Wilna errichteten Radiostation treiben die polnischen Regierungsstellen auch Propaganda gegenüber Litauen und Weißrußland.

Die „Prawda" veröffentlicht einen Brief des finnländischen Vertreters der russischen Monarchisten, in der dieser von einer Besprechung mit dem finnischen Staatspräsidenten (!) berichtet.

Der norwegische Gewerkschaftsrat hat mit dem Zentralrat der Sowjetgewerkschaften vereinbart, am 10. Februar in Berlin eine gemeinsame Konferenz der Gewerkschaften der Sowjetunion, Norwegens und Finnlands abzuhalten, die sich mit der Einheit der Gewerkschaftsbewegung und der Kriegsfrage befaßt.

In Lettland wurde eine neue Regierung aus Rechtsparteien und Zentrum gebildet.

Bisher sind aus dem amerikanischen U-Boot „S 4" 21 Tote geborgen worden.

Killinger erzählt ein „Mördchen"

Der Kapitän Manfred von Killinger, ein Führer der faschistischen Fememordorganisation Consul, hat ein Buch veröffentlicht mit dem Titel: „Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben", in dem er u. a. nachfolgende Schilderung gibt:

„Plötzlich höre ich einen Mordskrach vor der Schule. Ein großer starker Kerl schimpft in den größten Tönen auf einen Unteroffizier von mir los. Der bleibt die Ruhe selbst. Da schlängelt sich eine Frau an mich heran. „Aufpassen, ein Bolschewist! Man will die Bevölkerung gegen die Truppen aufhetzen." Aha, die Brüder kennen wir.

Ich winke Obermaat Zimmermann: „Machen Sie eine Handgranate fertig. Ich werde dem Kerl das Maul verbleten. Hört er nicht augenblicklich auf, dann eins hinein in die Klemen."

Ich fasse den Kerl beim Knopfloch und sage: „Gehen Sie augenblicklich Ihrer Wege, noch einen Ton, und ich verspreche Ihnen, daß Sie in den nächsten 14 Tagen keinen Ton mehr sprechen." — „Hoho, das wollen wir mal sehen, wer was zu reden hat," brüllt er. —

Krach, saust ihm die Handgranate in die linke Klemenseite. Wie vom Blitz getroffen, bricht er zusammen. Er erhebt sich, stolpert, fällt wieder hin. Blut läuft aus Mund und Nase. Er erhebt sich wieder, will was sagen, aber es geht nicht mehr."

Das Buch ist seit Tagen der Oeffentlichkeit bekannt. Die Klassenjustiz und ihre Zörgiebel-Polizei, die fast täglich die Zentrale der Kommunistischen Partei durch Massenaufgebote überfallen und durchsuchen läßt, hat natürlich noch keinen Finger krummgemacht, um diese faschistischen Mordbanditen, die ihre blutigen Metzeleien frech selber an die Oeffentlichkeit bringen, zu verhaften. Falls es sich um eine regelrecht abgezogene Handgranate handelt, würde hier ein vorbedachter und planmäßiger Arbeitermord vorliegen.

Wie wir hören, hat die Liga für Menschenrechte bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Anklageerhebung wegen Mordes beantragt.

Schweres Grubenunglück in Amerika

Noch 30 Bergleute in Gefahr.

TU. London, 9. Januar. Wie aus Neuyork gemeldet wird, sind durch eine Explosion in einer Kohlengrube in Westfrankfurt im Staate Illinois hundert Bergleute eingeschlossen worden. Nach einer weiteren Meldung aus Westfrankfurt (Illinois) sind die auf der Peabody-Grube eingeschlossenen Bergarbeiter bis auf 30 Mann befreit worden. Einer der Eingeschlossenen ist getötet worden. Die übrigen haben nach den bisherigen Feststellungen keine ernsten Verletzungen erlitten. Die Arbeiten zur Befreiung der noch eingeschlossenen Bergarbeiter werden fieberhaft fortgesetzt.

Prozeß gegen Johannes R. Becher vertagt

Die Verhandlung gegen den Dichter Johann R. Becher wegen Hochverrates, die am 18. Januar vor dem Reichsgericht stattfinden sollte, wurde wegen Verhinderung eines Sachverständigen auf Mitte März vertagt.

Böhmische Braunkohlenarbeiter fordern 20 Prozent Lohnzulage

Prag, 10. Januar. (Eig. Drahtber.) Auf der in Brüx abgehaltenen Konferenz der Bergarbeiter-Organisationen des Brüxer Braunkohlenreviers wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, den seit dem 27. Oktober 1923 geltenden Lohnvertrag zu kündigen und eine 20prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Die Kündigung tritt am 15. Februar in Wirksamkeit. Die Kündigung bezieht sich auf das Brüxer, Komotauer und Teplitzer Gebiet mit ungefähr 30 000 Arbeitern.

18 000 indische Spinner streiken

+ London, 9. Januar. Wie aus Bombay gemeldet wird, hat der Streik in den dortigen Baumwollspinnereien eine weitere Ausdehnung erfahren. Bisher sind sieben Fabriken geschlossen worden, während in zwei weiteren der Betrieb nur zum Teil aufrechterhalten wird. An dem Streik sind 18000 Arbeiter beteiligt.

Verhandlungen im Aachener Bergbau gescheitert. Die zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer geführten Verhandlungen über das zum 31. Januar gekündigte Arbeitszeitabkommen für den Aachener Steinkohlenbergbau sind ergebnislos verlaufen.

Zum 15. Januar

wird die „A.-Z." sämtliches Text- und Bildmaterial über die blutigen Januartage 1919 besonders sorgfältig zusammenstellen. Die nächste

Wochenausgabe

bietet deshalb eine gute Gelegenheit, einen großen Verkauf zu organisieren. Der Verlag erwartet, daß alle Ortsgruppen

rechtzeitig bestellen!

LOURDES

Von EMILE ZOLA

58

Aber als er den auf seine Augen gehefteten Blicken der Frau Chaise begegnete und seinen Sohn Gustave lächeln sah, fühlte er, daß er nicht in solcher Weise triumphieren dürfe. Sicherlich tat jeder in der Familie sein Mögliches und erflehte von der Jungfrau die ihm persönlich nötigen Gnadenbeweise. Er verbesserte sich denn auch, indem er mit der Miene eines braven Mannes sprach:

„Ich will sagen, daß die heilige Jungfrau uns alle sehr liebt, und daß sie uns gewiß alle zufrieden entlassen wird. Ach, dieser arme Bürovorsteher. Es tut mir leid. Es wird notwendig sein, daß ich seiner Witwe eine Karte schicke."

Trotz seiner Bemühungen, es zu verbergen, frohlockte er. Er zweifelte nicht mehr, seine geheimsten Wünsche erhört zu sehen, sogar jene, die er sich selbst nicht eingestand. Und der Aprilosentorte wurde große Ehre angetan; Gustave erhielt die Erlaubnis, ein kleines Stück davon zu essen.

„Es ist seltsam," bemerkte Herr von Guersaint, der sich eine Tasse Kaffee hatte bringen lassen, „es ist seltsam, daß man hier keine Kranken mehr sieht. Dieser Haufen Leute hat mir wahrhaftig das Ansehen, einen gesegneten Appetit zu besitzen."

Indessen fand er bei genauem Suchen außer Gustave, der nur Krümchen wie ein kleines Huhn aß, schließlich einen Kropfigen, der an der Table d'hote zwischen zwei Frauen saß, von denen die eine sicherlich krebskrank war. Etwas weiter hinweg war ein junges, so mageres und blasses Mädchen, daß man es für schwindsüchtig halten mußte. Und noch weiter entfernt sah man eine Idiotin. Sie war, von zwei Verwandten geführt, eingetreten und verschlang jetzt mit hellen Augen und abgestorbenem Gesicht, auf die Serviette geifernd, ihre Speise mit dem Löffel. Vielleicht befanden sich noch andere Kranke da, die man inmitten dieser lärmenden, ihren Hunger stillenden Gesellschaft nicht unterschied, Kranke, welche die Reise aufregte und die aßen, wie sie seit langer Zeit nicht gegessen hatten. Die Aprilosentorten, der Käse, die Früchte, alles verschwand, und in der großen Unordnung des Tischgeräts sah man nichts mehr als die Flecken von Brühe und Wein, die sich auf dem Tischtuch ausbreiteten.

„Wir kehren sogleich nach der Grotte zurück, nicht wahr?" sagte Herr Vigneron.

Von allen Seiten hörte man übrigens den Ruf: „Nach der Grotte! Nach der Grotte!" Die vollen Mäuler beeilten sich, zu den Gebeten und Kirchengesängen zurückzukehren.

„Meiner Treu!" erklärte Herr von Guersaint, „da wir den Nachmittag vor uns haben, so schlage ich vor, die Stadt ein wenig zu besichtigen, und da meine Tochter es wünscht, will ich versuchen, einen Wagen für meinen Ausflug zu finden."

Pierre, dem der Atem ausging, war froh, den Speisesaal zu verlassen. In der Vorhalle erholte er sich wieder. Aber dort staute sich ein neuer Strom von Gästen, die auf Plätze warteten; man stritt sich um die kleinen Tische, die geringste Lücke an der Tafel fand sich augenblicklich besetzt. Noch länger als eine Stunde sollte der Andrang dauern, das Frühstück der Reihe nach herumgehen, um bei der Hitze, unter dem Lärm der Kaufläden und unter wachsendem Ekel mit Heißhunger verschlungen zu werden.

„Ach, Verzeihung!" sagte Pierre, der sein Taschentuch wechseln wollte. „Ich muß noch einmal hinaufgehen."

Als er oben an der Türe seines Zimmers ankam, hörte er in dem tiefen Schweigen, in dem die Treppe und die verlassenen Gänge dalagen, ein leises Geräusch. Es war ein zärtliches Lachen im benachbarten Zimmer, das auf den allzu lebhaften Stoß mit einer Gabel folgte. Dann kam unfaßbar, mehr geahnt als tatsächlich gehört, der Hauch eines Kusses, das Beben von Lippen, auf die sich andere Lippen preßten, um sie zum Schweigen zu bringen.

Auch der in dem Zimmer alleinwohnende Herr frühstückte.

Pierre und Herr von Guersaint schritten draußen langsam dahin, mitten in der ohne Unterlaß angewachsenen Flut der sonntäglich gekleideten Menge. Der Himmel war von einem leuchtenden Blau, die Sonne setzte die ganze Stadt in Flammen, und in der Luft lag eine festliche Fröhlichkeit, jene lebhafte Freude, die auf großen Jahrmärkten herrscht, welche das Leben eines ganzen Volkes ins volle Licht setzen. Als sie das mit Menschen überfüllte Trottoir der Avenue de la Grotte hinabgestiegen waren, fanden sie sich an der Ecke des Plateau de la Merlasse aufgehalten, derart staute sich dort das Gewühl unter dem Stampfen der Pferde und dem Gemassel der den Weg versperrenden Wagen.

„Wir brauchen nicht zu eilen," sagte Herr von Guersaint „Meine Absicht ist, zur Place du Marradal in der alten Stadt hinaufzusteigen. Denn die Gasthofsmagd hat mir gesagt, dort droben wohne ein Barbier, dessen Bruder um billigen Preis Wagen vermietet. Macht es Ihnen nichts aus, mitzugehen?"

„Nein!" rief Pierre, „o nein, ich begleite Sie, wohin Sie nur wollen!"

„Gut! Und bei dieser Gelegenheit werde ich mich gleich rasieren lassen."

Sie gelangten auf die Place du Poisaire und vor die Rampläze, die sich bis zum Gave ausdehnen, als eine Begegnung sie von neuem aufhält. Frau Desagneaux und Raymonde de Jonquiere befanden sich dort und plauderten lustig mit Gérard von Peyrelongue. Alle zwei trugen helle Kleider, leichte Anzüge für den Landaufenthalt, und ihre weißseidenen Sonnenschirme blinkten im hellen Sonnenschein. Sie boten ein hübsches Bild dar; es war wie in einer trauten Ecke voll weltlichen Geplauders mit dem frischen, jugendlichen Gelächter.

„Nein, nein!" wiederholte Frau Desagneaux, „wir können ihrer „Popote" nicht so einen Besuch abstatten, im Augenblick, da all ihre Kameraden beim Essen sind."

Gérard beharrte auf seiner Bitte und wandte sich sehr artig hauptsächlich an Raymonde, deren etwas volles Gesicht heute von einem strahlenden Reiz der Gesundheit erhellt wurde.

„Aber ich versichere Sie, es ist sehr merkwürdig zu sehen. Man wird Sie vortrefflich empfangen, gnädiges Fräulein! Sie dürfen sich mir anvertrauen. Uebrigens werden wir dort gewiß Herrn Berthaud finden, der entzückt sein wird, Ihnen die Honneurs zu machen."

Raymonde lächelte, und ihre hellen Augen sagten, daß sie wohl möchte. Da näherten sich Pierre und Herr von Guersaint, um die Damen zu begrüßen. Sie wurden sogleich in Kenntnis gesetzt von dem, was im Werk war. Die „Popote" nannte man eine Art Restaurant, eine Speiseanstalt, welche die Mitglieder der Hospitalität von Notre-Dame de Salut, die Sänftenträger, die Hospitaliter der Grotte, der Weiher und Spitäler gegründet hatten, um gemeinschaftlich und billig zu essen. Da viele von ihnen nicht reich waren — die Hospitalität war aus Leuten aus allen Klassen zusammengesetzt — waren sie übereingekommen, drei gute Mahlzeiten zu halten, indem jeder drei Franken für den Tag bezahlte. Es blieben ihnen sogar noch Speisen übrig, die sie an die Armen verteilten. Allein sie verwalteten alles selbst, kauften die Vorräte ein, warben einen Koch und Kellner und scheuten nicht vor der Notwendigkeit zurück, in Person mitzuhelfen, um das Lokal in gutem Stand zu halten.

„Das muß sehr interessant sein!" rief Herr von Guersaint aus. „Wohlan denn, das wollen wir sehen, wenn wir nicht zu viele sind."

Daraufhin gab auch die kleine Frau Desagneaux ihre Zustimmung.

„Ach! Wenn wir als ein ganzer Trupp hingehen, bin ich ganz damit einverstanden. Ich fürchtete nur, es schicke sich nicht."

Und weil sie lachte, fingen alle zu lachen an. Sie hatte den Arm des Herrn Guersaint angenommen, während Pierre ihr zur Linken ging, von Sympathie für diese lustige kleine Frau ergriffen, die so lebhaft und reizend war mit ihren zerzausten blonden Haaren und ihrem milchweißen Teint.

Hinter ihnen kam Raymonde am Arm Gérards, den sie mit ernsthafter Stimme als ein sehr gescheites Mädchen, das das Aussehen der sorglosen Jugend hatte, unterhielt. Und da sie endlich den so sehr ersehnten Gatten in ihrer Nähe hatte, nahm sie sich fest vor, ihn diesesmal zu erobern. Sie berauschte ihn auch mit dem ihr entströmenden Duft eines schönen gesunden Mädchens und setzte ihn sogleich durch ihr Verständnis für das Hauswesen und die Sparsamkeit in kleinen Dingen in Verwunderung. Denn sie ließ sich Erklärungen über ihre Einkäufe geben und bewies ihm, daß sie ihre Ausgaben noch hätten einschränken können. (Fortsetzung folgt)

Oberschlesien

Doch es will mich schier bedünken ...

Die erfolgte Bürgermeisterwahl in Oppeln läßt die Geister nicht zur Ruhe kommen. Das Zentrum spuckt Gift und Galle über die Unzuverlässigkeit der bisherigen Koalitions- und Krampfbrüder, die sich sogar von den Kommunisten übertölpeln lassen. In diesen Auseinandersetzungen wird ein wenig der Schleier gelüftet über den Kommunalsumpf in Oberschlesien. Das „Volksblatt" vom 6. Januar schreibt:

„Im übrigen aber sind wir bereit, wenn das Zentrum so große Neigung verspürt, sich mit uns über Krampfgeschäfte zu unterhalten, mit einer Menge von Material zu dienen, um zu zeigen, wer Krampfgeschäfte betreibt. Schon das Beispiel der Verschiebung der Borromäus-Bibliotheken dürfte doch zeigen, von welcher Seite Krampfgeschäfte betrieben werden. Wenn das Zentrum durchaus einen Konflikt will, dann soll es ihn nur weiter vom Zaune brechen. Vielleicht erlebt dann das Zentrum einen Skandal, wie er in Oberschlesien noch nicht besprochen worden ist."

Aus diesen Ausführungen geht klar und deutlich hervor, daß das Zentrum in Oberschlesien in eine Reihe von Korruptionsangelegenheiten verwickelt ist, wovon andererseits die SPD.-Führer unterrichtet sind. Ein altes Sprichwort sagt: „Der Hehler ist schlimmer als der Stehler." Die SPD. bezeichnet sich so gerne als Arbeiterpartei; wie es aber in Wirklichkeit damit bestellt ist, beweist die Tatsache, daß die SPD.-Führer den Betrug der Zentrumspartei an den proletarischen Steuerzahlern verheimlichen. Man wird folglich nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß auch die SPD.-Führer an den „Krampfgeschäften" beteiligt sind. Die Wahl des Bürgermeisters Franz in Hindenburg war auch nichts weiter als Krampfgeschäft. Warum wählte das Zentrum in Hindenburg einen SPD.-Bürgermeister und wendet sich andererseits heftig gegen den SPD.-Bürgermeister in Oppeln? Hier kann man nur mit Heinrich Heine reden: „Doch es will mich schier bedünken, daß der Rabbi und der Mönch, daß sie alle beide stinken."

Nach den bisherigen Erfahrungen ist nichts anderes zu erwarten, daß von einer der streitenden Seiten der Korruptionssumpf in Oberschlesien aufgedeckt wird. Die Arbeiter Oberschlesiens aber müssen verlangen, daß die Gewerkschaften von den Behörden vollkommene Aufklärung fordern. Darüber hinaus ist es Zeit, daß sowohl das Zentrum als auch die Sozialdemokratische Partei von den Arbeitern den wohlverdienten Fußtritt erhalten.

Die kommunistische Fraktion hat lediglich für den SPD.-Kandidaten gestimmt, um der SPD. Gelegenheit zu geben, das wahrzumachen, was sie bisher den Arbeitern vorgegaukelt hat. Wir können schon heute sagen, die SPD. hat nicht in ehrlicher Absicht unsere Bedingungen unterschrieben. Die Taten des SPD.-Bürgermeisters in Oppeln werden schon in kurzer Zeit den Beweis praktisch liefern, daß die SPD. keine Partei des werktätigen Volkes ist. Dadurch wird die Partei auch noch den letzten Einfluß in Oberschlesien verlieren.

Die Tatsache, daß durch die Bürgermeisterwahl in Oppeln die bürgerlichen Parteien gezwungen sind, den Schleier über dem Korruptionssumpf zu lüften, beweist die richtige Politik der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion. —Gl.

Parteiarbeiterkonferenzen in Gleiwitz und Oppeln

Die Offensive des Trustkapitals gegen die Arbeiterschaft wird verstärkt durchgeführt. Die letzten Ereignisse in der Hüttenindustrie stellen an die gesamte Arbeiterschaft die Frage, welche Mittel und Methoden angewendet werden müssen, um die Offensive der Unternehmer abzuwehren und die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Gleichzeitig gilt es, die Erfahrungen aus den vergangenen Lohnbewegungen auszuwerten und Stellung zu nehmen zu der Politik und Taktik der Gewerkschaften. Die Behandlung all dieser Fragen bedingt natürlich auch eine Stellungnahme zum Staat und Staatsapparat sowie zu der Koalitionspolitik der SPD. Die Wichtigkeit dieser Fragen erfordert die Teilnahme aller Parteifunktionäre. Soweit Raum vorhanden ist, können auch die Mitglieder als Gäste teilnehmen. Referenten für Oppeln Genossen Geschke-Berlin und Glagau, für Gleiwitz Genosse Heckert-Berlin und Jendrosch (BL.).

Tagesordnung: 1. Wirtschaftskämpfe, Koalationspolitik und Taktik der Partei.

2. Die Arbeit auf dem Lande.

Gleiwitz

Silvester bei den Arbeiter-Samaritern. Uns wird geschrieben: Üblicherweise ist die Silvesternacht die letzte Frist, dem bösen Wurm, welcher vom heiligen Abend noch nicht genug hat, das Lichtlein vollends auszugießen. Dabei kam es vor, daß manche Leute zuviel begossen hatten, und der Wurm blutig abziehen mußte. So kam ins Gasthaus „Bürgerhof" in der Preiswitzer Straße ein junger Mann, um ihn dort abzuladen. Scheinbar wollte der Wurm nicht dort bleiben, so daß der Mann in einem „Wutanfall" anfing, um sich zu schlagen. Einigen Vergnügungsteilnehmern wurde die Sache zu bunt, und der schönste Boxkampf war fertig. Leider war der „leidende junge Mann" bald k. o. geschlagen und mußte blutüberströmt vom Kampfplatz nach der Unfallwache der Arbeiter-Samariter gebracht werden, welche den Verletzten nach Anlegung von Notverbänden mittels fahrbarer Trage nach dem Krankenhaus transportierten, wo einige Wunden vernäht werden mußten. In derselben Nacht wurde die Unfallwache der Arbeiter-Samariter in vier ähnlichen Fällen zu Hilfe gerufen. Zwei Personen mußten in die Wohnung geschafft werden, während die übrigen nach Anlegung von Notverbänden ihren Weg fortsetzen konnten. Am Neujahrstage brach ein Mann auf der Preiswitzer Straße zusammen. Er wurde von Arbeiter-Samaritern in seine Wohnung gebracht. Mit einem verbrannten Unterarm kam ein Mann am 2. Januar und am 4. Januar ein Schmied mit einer Brandwunde an der linken Hand zur Unfallwache, wo ihnen sachgemäße Notverbände angelegt wurden. Sie konnten sich in ihre Wohnung begeben. Wieder haben die Arbeiter-Samariter gezeigt, daß sie existenzberechtigt und notwendig sind.

Hindenburg

Anträge der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion

Die Kommunisten in dem Stadtverordnetenparlament haben zu der am Donnerstag stattfindenden Sitzung folgende Anträge gestellt:

Zur Wohnungsfrage.

Wohnungsnot und Wohnungselend sind unmittelbare Begleiterscheinungen des Kapitalismus, die durch Krieg und Inflation noch außergewöhnlich verschärft wurden. — Die Beseitigung der Wohnungsnot ist innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht möglich. Erst die sozialistische Gesellschaft wird die Wohnungsnot überwinden. Die Republik kann ihr in Artikel 155 der Reichsverfassung gegebenes Versprechen: „Jedem Deutschen eine gesunde Wohnung" nicht halten. Die Demokratie versagt, wie in anderen Dingen, so auch bei der Wohnungsbeschaffung. Daneben sind Bürgerblock- und Koalitions-Regierungen planmäßig am Werke, die letzten Reste des Mieterschutzes noch zugunsten der Hausbesitzer zu beseitigen. Die Bourgeoisie macht aus der Not der Wohnungslosen ein Geschäft, indem sie Geld und Material, Grund und Boden nur zu Wucherpreisen hergibt. Darüber hinaus fordert das private Baukapital für Neubauwohnungen Mietspreise, die von der werktätigen Bevölkerung nicht getragen werden können. Die Regierungen begünstigen diese Ausbeutung. Sie unternehmen nichts gegen Baustoff-, Hypotheken- und Mietwucher, sondern verlangen selbst bis zu drei Prozent Zinsen für die „billigen" Hypotheken aus der Hauszinssteuer, die aus den Taschen der Mieter herausgeholt wurde. Die hergegebenen Beträge sind so gering, daß die Wohnungsnot nicht ab-, sondern weiter zunimmt. Dagegen wächst von Jahr zu Jahr der Anteil der Hauszinssteuer, der zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Machtapparates verwendet wird, unter dem Motto: „Vor der Wohnung kommt die Polizei!" Die Wirkungen der Wohnungsnot sind furchtbar sowohl in gesundheitlicher, sittlicher wie sozialer Beziehung auf die breitesten Schichten der Bevölkerung.

Die vom Magistrat betriebene und von den Parteien gestützte Wohnungspolitik hat die Wohnungsnot nicht gemildert, sondern die Verhältnisse werden ständig unerträglicher. Die zu Anfang des Jahres 1927 von der kommunistischen Fraktion geforderten Maßnahmen zur Milderung des Wohnungselends wurden durch die Bürgerblockparteien abgelehnt.

Zur wirksamen Bekämpfung der Wohnungsnot fordern die Kommunisten heute schon, die Inangriffnahme nachstehender Maßnahmen. Sie sind sich auch darüber klar, daß dadurch die Wohnungsnot nicht beseitigt, aber doch gemildert werden kann. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wolle folgende Maßnahmen zur Wohnungspolitik einleiten:

1. eine dem Wohnbedürfnis der werktätigen Bevölkerung Rechnung tragende Bodenvorratswirtschaft zu treiben, um das für Wohnstätten und öffentliche Anlagen notwendige Land zu beschaffen;

2. bei der Erwerbung dieses notwendigen Landes nur den nach dem Ertragswert zu ermittelnden Bodenpreis zu zahlen bzw. es zu diesem Preis zu enteignen;

3. bei der Erweiterung der Ortsbebauungspläne den Erfordernissen des Verkehrs, der Gesundheitslehre, der Erholung und der Weiträumigkeit Rechnung zu tragen;

4. alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, eine Verbilligung des Wohnungsneubaues und insbesondere der Baustoffe zu gewährleisten;

5. solange die Hauszinssteuer besteht, ist sie restlos für den kommunalen Wohnungsbau zu verwenden;

6. Hergabe der verfügbaren Mittel der Stadtsparkasse zum niedrigsten Zinssatz;

7. Aufnahme von Anleihen nur zum Zweck der Förderung des kommunalen Wohnungsbaues;

8. jede Hergabe von Hauszinssteuermitteln oder anderer öffentlicher Gelder an private Bauherrn ist entschieden abzulehnen;

9. der nächsten Stadtverordnetenversammlung ein großzügiges Wohnungsbauprogramm nach folgenden Gesichtspunkten vorzulegen:

a) Neubau von Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen mit Küche und Nebengelaß, wie Speisekammer, Badeeinrichtung und Klosettanlage;

b) die Höhe des Mietzinses darf nicht 20 bzw. 25 Mark pro Monat übersteigen;

10. für Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner, Kurzarbeiter und sonst in Not befindliche sowie für kinderreiche proletarische Familien neben der grundsätzlichen Freilassung von der Hauszinssteuer noch besondere Zuschüsse zur Miete aus Wohlfahrtsmitteln.

Gegen die Mietserhöhung.

Der Magistrat wird ersucht, die bereits zum 1. April 1928 verfügte Mietserhöhung für Wohnungen in städtischen Häusern sofort rückgängig zu machen.

Unterstützung während der Karenzzeit.

Der Magistrat wird ersucht, den Arbeitslosen, bei denen eine mehr als dreitägige Karenzzeit in Frage kommt, Unterstützung während der Karenzzeit zu gewähren. Die Unterstützungszahlung soll sofort und ohne besondere Schwierigkeiten zu machen erfolgen, und zwar in Höhe der zustehenden Arbeitslosen-Unterstützung.

Ratibor

Markowitz. Die Kirche hat einen guten Magen. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß die Kirche und die Pfaffen alle Möglichkeiten zum Geldsammeln ausnutzen. Natürlich darf dabei auch unser deutschnationaler Pfarrer Wolf nicht fehlen. Dieser Wolf, auf dessen Pfarrei es hochherrschaftlich zugeht, gehört auch dem Kreistag an und benutzt die Kanzel zu politischen Ansprachen. Als kürzlich ein Kommunist erklärte, die Religion sei Opium für das Volk (dies geschah bei der Beratung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen), da bestieg der Wolf am Neujahrstage die Kanzel und erklärte, daß dieser „Mensch sich vor dem obersten Richter zu verantworten haben wird." Hu, hu, der Kommunist kommt bestimmt in die Hölle, aber der Pfarrer nicht, obwohl sein Kaplan im Mai vergangenen Jahres die Kirchentüren zuhielt und die Gläubigen nicht hineinließ, weil die Armen nicht bezahlen konnten. Wie recht hat doch Goethe in seinem „Faust":

Die Kirche hat einen guten Magen.
Hat ganze Länder aufgefressen,
Und doch noch nie sich übergessen.
Die Kirche allein, ihr guten Frau'n
Kann ungerechtes Gut verdau'n.

...nischka.

Oppeln

Pfaffenunverschämtheit

Folgende Tatsache übermittelt uns der Arbeiter Jurek von hier:

„Ich bin ein alter, hilfsbedürftiger Mann. Von meiner Frau lebe ich getrennt. Diese ist in Polen. Zur Besorgung meines Haushaltes halte ich eine Wirtschafterin. Diese ist von Beruf Pflegerin. Dieser Tage mußte sie infolge Krankheit in das hiesige Adalbert-Hospital geschafft werden. Als ich meine Wirtschafterin besuchen ging, wurde ich erst abgewiesen. Auf meinen Protest hin wurde ich dann einem jungen katholischen Geistlichen vorgeführt. Dieser versuchte mich über meine Person und die meiner Wirtschafterin auszuforschen. Ich protestierte dagegen und wurde von diesem Menschen zu einem anderen katholischen, älteren und wohlgenährten Geistlichen geführt. Dort wurden mir von diesen beiden Personen, die meiner Meinung keine hauspolizeilichen Rechte haben, unerhörte Vorhaltungen darüber gemacht, daß ich mit meiner Wirtschafterin lebe. In unverschämten Worten sagten sie, daß wir „wie die Karnickel kaspern". Auch andere beleidigende Ausdrücke mußte ich mir anhören. Weil wir beide den verderblichen Einfluß der Kirche nicht mehr in Anspruch nehmen, erlauben sich die Pfaffen, mich wie einen Schuljungen zu behandeln."

Jurek kann aus allen seinen Papieren den besten Leumund nachweisen. Seine Wirtschafterin das gleiche. Ueber ihre Abneigung zur Kirche gibt er an, daß ihr, in Wien beruflich tätig, nach ihrer letzten Beichte von einem dortigen Pfaffen in lüsterner Weise nachgestellt wurde. Daraufhin hat sie die elende Heuchelei erkannt und mit der Kirche gebrochen.

Wir können diesen Angaben den vollsten Glauben schenken. Unzählige gleiche Vorkommnisse haben solche Dinge schon oftmals bewiesen. Trotzdem können diese Schändlichkeiten weiter betrieben werden. Hier müssen sich die Arbeiter allein helfen. Kirchenaustritt und Kampf mit der KPD. zur Beseitigung dieses Staates!

„Ehret das Alter." So predigen die bürgerlichen Moralheuchler. In Wirklichkeit kümmern sie sich einen Teufel darum. Beim Stadtbauamt gibt es einen Boten Karl Frenzel. Obwohl derselbe bereits das Alter von 81 Jahren erreicht hat, ist er noch immer im Dienst und läuft sich die Beine ab. Dieser Tage hat er seinen 81. Geburtstag verlebt. Wir vermeiden absichtlich das Wort gefeiert, denn davon kann keine Rede sein. Die bürgerlichen Zeilenschinder brachten in ihren Wurstblättern eine Notiz und betonten besonders, daß Herr Frenzel trotz dem hohen Alter seinen Posten gewissenhaft ausfüllt und dadurch ein seltenes Beispiel treuer Pflichterfüllung usw. abgibt. Eine solche Bemerkung ist eine Unverschämtheit und eine Verhöhnung des alten Mannes. Es ist ein Skandal, daß ein Mensch, der das ganze Leben lang geschuftet hat, nicht einmal im hohen Alter seine Ruhe hat, sondern sich weiter abrackern muß, damit er leben kann. Daß der alte Mann noch arbeitet, weil es ihm Spaß macht, wird wohl niemand glauben. Wir werden uns für den Fall interessieren und feststellen, weshalb Herr Frenzel seine wohlverdiente Ruhe immer noch nicht hat. Mancher satte Bürger, der in seinem Leben nicht viel gearbeitet hat, setzt sich mit 50 oder 60 Jahren zur Ruhe. Die Proleten aber können schuften und ihren Posten „gewissenhaft erfüllen" bis sie verrecken. Die bürgerlichen Zeitungen haben wieder einmal ihr wahres Gesicht gezeigt. Anstatt sich über diesen Fall laut zu entrüsten, bringen sie blödsinnige Bemerkungen. Heraus mit diesen Feinden! Bestellt die „Arbeiter-Zeitung" — eure Zeitung!

Abschluß des Fach-Förderkursus der Arbeitslosen. Für die arbeitslosen Handwerker wurde in der Berufsschule ein Fachkursus durch das Arbeitsamt eingerichtet. Am Sonnabend fand dieser seinen Abschluß.

Die Kursusteilnehmer versammelten sich aus diesem Anlaß im Stadtverordnetensitzungssaale, das Lehrerkollegium sowie die Vertreter des Arbeitsamtes waren ebenfalls da. Direktor Erber von der Berufsschule begrüßte die Anwesenden und gab einen kurzen Ueberblick über den Kursus. Er würdigte die Arbeiten der Arbeitslosen sowie den Fleiß, den sie dabei an den Tag legten. Der mit Bangen angefangene Kursus löste seine vollste Zufriedenheit aus. Der Zweck des Kursus war der, die Arbeitslosen die Fachkenntnisse nicht verlernen zu lassen, sondern diese während der Arbeitslosigkeit zu erweitern. Die Teilnehmerzahl, welche oft wechselte, betrug zum Abschluß 76. Die Teilnahme sowie die Arbeitsfreudigkeit der von den Bürgern oft faul genannten Arbeitslosen war eine sehr gute. Hierauf richtet Dr. Bern einige Worte an die Kursusteilnehmer, in denen er seine Freude über das Gelingen des Kursus zum Ausdruck gab.

Im Anschluß daran wurden den Kursusteilnehmern Zeugnisse und für gute Leistungen eine Anzahl Lehrbücher als Prämien verteilt. Die geleisteten Arbeiten wurden besichtigt. Die Maler, welche als einzige den Kursus praktisch mitmachten, konnten gute Arbeiten in Schrift- und Bildmalerei vorweisen. Diese Arbeiten waren in einer beträchtlichen Zahl ausgestellt. Tischler, Klempner usw. hatten Zeichnungen, Berechnungen sowie andere geschäftliche Arbeiten aufzuweisen.

Unsere Stellung zu solchen Kursen ist die, daß sie wohl eine Fachförderung mit sich bringen. Leider wird diese nur in den seltensten Fällen zur Anwendung gebracht werden können. Infolge der kapitalistischen Rationalisierung wurde bewußt eine Reservearmee geschaffen, die heute die Arbeitslosenunterstützungsempfänger sowie die vielen Ausgesteuerten bilden. Infolge des Ueberangebotes an Arbeitskräften werden viele nie die Möglichkeit haben, ihre körperlichen und geistigen Kräfte in Anwendung zu bringen. Hier muß sich darum der Arbeiter selbst helfen. Nicht als einzelner, sondern als Organisation, die die bestehenden Verhältnisse (auf der einen Seite überlange Arbeitszeit, auf der anderen die brachliegende Arbeitskraft und Arbeitswilligkeit) abschaffen will. Deshalb hinein in die freien Gewerkschaften und in die Kommunistische Partei.

Zweierlei Maß! Wenn man einen Blick in eine bürgerliche Zeitung wirft, so wird man bestimmt in jeder Nummer die Verkündung finden, wie sehr den bürgerlichen Parteien das Wohl der Jugend am Herzen liegt, aber nur, wenn es nichts kostet, denn beim Geldsack hört die Gemütlichkeit auf. Ein treffendes Beispiel dafür ist die Oppelner Autobus-Gesellschaft. Diese Gesellschaft gibt für Kinder und Schüler der höheren Lehranstalten sogenannte Schülerbilletts aus. Wie steht es nun aber mit den vielen Schlosser-, Tischler-, Kaufmannslehrlingen usw., die die kaufmännische oder gewerbliche Berufsschule neben ihrer Arbeit besuchen. Diese Lehrlinge müssen volle Preise bezahlen. Es geht nicht an, daß man auch diese Jugendlichen für halbe Preise fahren läßt, denn sonst würden am Jahresende vielleicht ein paar Prozent Dividende weniger ausgeschüttet werden. Wir als Kommunisten sagen: allen Jugendlichen ausnahmslos, seien es solche, die eine höhere Schule besuchen, oder Lehrlinge gleich welcher Art, müssen in allen Unternehmungen gemeinnütziger Art wie Eisenbahn, Verkehrsauto, Badeanstalt, Eisbahn usw. Vergünstigungen eingeräumt werden.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Ratibor. Dienstag, 19 Uhr, Mitgliederversammlung in Kaiserkrone, Weidenstraße. ZK.-Vertreter anwesend.

Neustadt. Mittwoch Mitgliederversammlung bei Nippert, Schloßstraße. Ref.: ZK.-Vertreter.

Ratibor. Sonnabend, 17 Uhr, Kursus in Kaiser-Krone.

Ratibor. Sonntag, 16 Uhr, Frauenversammlung in Kaiser-Krone.

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Otto Kloke
Berliner Straße 93
80009

Milch-, Butter- u. Käsegeschäft
Busch Nachflg., Inh. Fritz Baumgart
Berliner Straße 1
80015

Richard Prenzel
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Berliner Straße, Ecke Hospitalstraße
80000

Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren
Aug. Gürnth
Breite Straße 1
80007

Wohnungseinrichtungen
Beerdigungen
Gebr. Fabisch, Niederstr. 65/66
80004

August Hinz
Spezialgeschäft für Lederwaren
Berliner Straße 100 a. d. Post
80014

Bäckerei und Konditorei
Paul Gärtner, Berliner Str. 94
80017

Lange's Drogenhandlung
Postplatz 3
Farben, Lacke, Seifen
80001

A. Sommerrock, Berliner Str. 3
Leder-, Sattler- und Polsterwaren
80218

Kolonialwaren, Sämereien, Farben
Adalbert Decker, Friedrichstraße 24/26
80210

Neusalzer Beerdigungsinstitut
R. Hilgner & Sohn
Bau- und Möbeltischlerei
Friedrichstraße 43
80204

Brot- u. Feinbäckerei
Bruno Kerber, Friedrichstraße 60
80202

August Knebel, Lederhandlung
Friedrichstraße 29
80309

Trauerhüte
stets auf Lager
Adele Vielhauer
Hohe Straße 22
80001

Photograph A. Winkler
empfiehlt sich
Nizzaplatz 1
80008

Bäckerei u. Konditorei
Oskar Lohan
Keplerstrasse 16
80051

Bäckerei und Konditorei
Bruno Tschirch, Markt 9
80006

Gustav Berthold, Nizzaplatz 2
Fl. Fleisch- und Wurstwaren
hinterem Aufschnitt
Eigene maschinelle Kühlanlage
80044

Möbel
Tapeten, Linoleum
Paul Knofe, Keplerstraße 46
80033

Grünberg

Schmidtchen & Co., Ring
Eisen- u. Baumaterialien-Großhandlung
Haus- u. Küchen-Geräte
Oefen, Kochherde und Ofenbau-Artikel
Werkzeuge, Bedarfsartikel für Landwirtschaft
80084

W. Grau, Gr. Kirchstrasse 6
Damenkonfektion, Kleiderstoffe
Preiswert und gut
80087

Gute Schuhwaren
kauft man bei
Wilh. Förster
Niederstraße 5
und Stand auf dem Wochenmarkt
80080

Fabrik feiner
Fleisch- und Wurstwaren und Frühstücksstube
Carl Feucker, Bismarckstr. 3 a
und Stand auf dem Fleischmarkt
80078

Paul Kleint, Breite Str. 74
Telephon 631
Erstes Beerdigungs-Institut am Platze
Ueberführung p. Auto u. Leichenwagen
Bringe mein
Möbellager bestens in Empfehlung
80079

Hute
Frieda Krug
Berliner Str. 94
80001

Fritz Gutsche, Breite Str. 73
Fahrräder — Nähmaschinen
Reparatur-Werkstatt
80072

Bettfedern, Bettbezüge Inlette, Leibwäsche
kaufen Sie preiswert bei
A. Fuß, Breite Str. 56
80075

Spezialgeschäft in Tabakwaren
Otto Erxleben
Niedertorstraße 4
80077

Der Kenner trinkt nur **Löwen-Böhmisch-Biere**
Generalvertretung für Niederschlesien und Grenzmark
„Obus" G. m. b. H., Hinterstraße 20
80074

Otto Kinzel, Niederstr. 54
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Große Auswahl in Kaffeegebäck
Täglich 2 mal fr. Semmeln u. Brötchen
80082

H. Gebhardt
Schneidermeister, Ring 9
Herren-, Jünglings-, Kindergarderobe
und Berufsbekleidung
80086

Möbel
einzeln sowie ganze Einrichtungen
liefert in jeder Preislage
Otto Schulz, Burgstr. 17
80018

Herren- u. Damenwäsche billig bei
N. Stephanek, Obertorstr. 13
80005

Paul Hierle, Berliner Straße 74
Lederwaren, Polsterarbeiten, Reparaturen
80011

Bäckerei Paul Sauerteig
Schertendorfer Strasse 84 a
80088

Musikhaus Ed. Adler
empfiehlt Musik-Instrumente aller Art
deren Zubehör zu billigen Preisen und
reeller Garantie
80010

Elsbeth Burchardt, Obertorstraße 15
Schirme — Herren-Artikel
80006

Brennmaterialien
August Lehmann, Lange Gasse 4
80012

Uhren und Goldwaren
Eugen Frenzel, Berliner Str. 65
80010

Trinkt die wohlbekömmlich.
Grünberger Bergschloß-Biere
80070

Vergnügungslokal „Luisental"
Petzdall 1
empfiehlt seine Lokalitäten
Jeden Sonntag Tanz

Karl Völkers
Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte, Drahtgeflechte
Berliner Str. 17, Fernr. 638
80013

Kaufhaus Bernstein, Breitestr. 3
bekannt für gute Waren
zu billigsten Preisen
80006

Carl Muche's Ww. Niederstr. 60
Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Trikotagen
Gruschwitz-Nähgarne u. Zwirne
80003

Paul Mohr, Niedertor Str. 10 a
Großes Lager in Papier- u. Schreibwaren
Buchbinderei — Buchdruckerei
80005

Brot- und Weiß-Bäckerei
Gotthold Schreck, Niederstr. 51
80002

Neusalz a.O.

Wohnungs-Einrichtungen
reell und billig
Heinze & Linke, Paul-Keller-Str. 14
Inh. Rudolf Winkler
80214

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Str. 14
Schuhwaren, Haus- u. Küchen-Geräte, Arbeiterbekleidung
Wir sind bekannt billig
80201

Emil Wiesner, Berliner Str. 55
Herren- u. Damen-Frisier-Salon
80210

Adolf Lehmann, Berliner Str. 43
Fahrräder, Nähmaschinen
Reparatur-Werkstatt — Ersatzteile
80212

Arbeiterbekleidung
nur Qualitätsware
Friebel & Grote, Friedrichstr. 15
80218

Max Jordan, Friedrichstr. 30
Herren- u. Damen-Konfektion
Maß-Anfertigung, Berufskleidung
80196

W. & F. Maralke, Friedrichstrasse 33
Fahrräder — Nähmaschinen
Reparatur-Werkstatt — Ersatzteile
80199

Carl Wloka, Markt 9
Manufaktur, Konfektion
Leinen- und Wollwaren
80103

Kolonialwaren, Schifferbedarfs-Artikel
Paul Behlich, Oderdamm 5
80200

Albert Kunke, Amtsstraße 14
Kolonialwaren — Zigarren
80197

Herren- und Damen-Frisier-Salon
Willy Hausler
Hüttenweg 1 — Ecke Angerstraße
80203

Heinrich Heinzel, Kl. Gasse 6
Kleider, Wäsche, Schürzen, Strümpfe
80208

Schuhhaus Forkert, Berliner Str. 2/4
Beste und billigste Bezugsquelle
80211

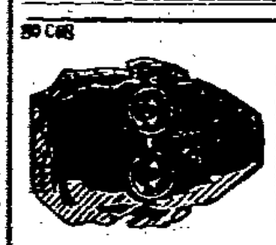
M. Zuckermann, Markt 2
Herren-, Knaben- u. Berufsbekleidung
80207

Beste Bezugsquelle
sämtlicher Kolonialwaren u. Spirituosen
Max Süssenbach, Berliner Str. 10
Fernsprecher 55
80205

Neusalzer Molkerei, Lindenstr. 1
Inhaber Georg Böer
tägl. frische Milch- u. Molkereiprodukte
im Laden und an den Verkaufswagen
80217

A. Hentschel, Markt
Schuhwarenhaus — Reparaturen
80206

Sagan



ZEISS PUNKTAL
Optiker B. Adrian
Markt 38
Lieferant der Krankenkassen

Max Apelt, Zigarrenhaus
Kornmarkt 41, Brüderstraße 1
80082

Konfitüren, Kaffee, Kakao
Helene Treichel, Sorauer Str. 10
80064

Fahrräd., Nähmasch., Spiel- u. Kinderwag.
Alfred Knebel, Pforte 1
80071

Hermann Seifert
Sattlermeister
Dorotheenstraße 34
Leder- und Polsterwaren
80083

Karl Faude
Schnellsohlerei und Arbeiten nach Kleinerfahren
Edelgalle 2
80067

Hüte ∘ Mützen ∘ Pelzwaren
F. Winkler, Nizzaplatz 1
80035

Gustav Lehmann
Sorauer Straße 15
Kolonialwaren, Lebensmittel
80068

Saganer Lichtspielhaus
Boberstraße 9
Erstklassige Filme
Programmwechsel Freitag u. Dienstag
80040

Spezialhaus für Fisch- u. Räucherwaren
Erich Stephan, Sorauer Straße 13
80086

Kurz-, Wollwaren, Herrenartikel
Paul Bürger, Brüderstraße 2
80037

M. Baudach
Kroll-Brauerei
Kohlen, Briketts
80061

Kolonialwaren, Delikatessen
Georg Adler, Fischendorfer Str. 12
80048

Ernst Hantke
Schuhwaren
Keplerstraße 55
80063

Hüte
Emilie Franke
Keplerstraße 61
80038

Haus- u. Küchengeräte
Ida Stephan, Keplerstraße 40
80042

Haushaltungsartikel gut u. billig
Geschw. Rademacher
Inh. Martha Welzel, Kurlandstr. 4
80070

Bäckerei und Konditorei
Reinhold Siegmund, Brüderstr. 13
80050

Putz-, Weiß- und Wollwaren
J. Hesse, Alter Ring 22
80061

Rudolf Heinrich, Ludwigplatz 4
Sämtliche Haushaltungsgegenstände
80059

Otto Forgber
Fleischerei und Wurstfabrik
Nizzaplatz 3
80046

Zigarren, Schulbedarf, Papierwaren
Heinrich Thiel, Bahnhofstr. 1
80088

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Julius Sauer, Große Straße 12
80090

Kolonialwaren, Gemüse, Tabakwaren
Artur Bürger, Kurlandstraße 7
80040

A. Michaelis, Ring 33
Wäschehaus
Wäsche, Trikotagen, Wollwaren
80034

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Karl Schnalke, Brüderstr. 17
80047

Schuhwaren und Reparaturwerkstatt
Karl Schwarz
Baberstraße 21
80080

Karl Unger
Keplerstraße 20
Wäsche
Bettfedern
80032

Carl Hoffmann, Ring 28
Wollwarengeschäft
80045

Hülsenfrüchte, Mühlenfabrikate, Vogelfutter
Georg Feismann, Sorauer Straße 19
Mehlhandlung
80087

Sprottau

Billig und gut kaufen Sie
Herren-, Damen- u. Kinder-Bekleid.
Wäsche, Trikotagen, Wollwaren
und Berufsbekleidung
Adolf Schindler, Markt 36
80181

P. Abraham, Markt 2
Herrenhüte, Mützen, Arbeiterbekleid.
80182

Kauft bei **W. Rosenau** Markt 41
80179

Das gute alte Geschäft von
W. Lissauer, Markt 43
80180

Joseph Jende, Neustr. 36
feine Fleisch- u. Wurstwaren
80184

Bäckerei u. Konditorei
Emil Rentsch
Markt 3
80178

H. Gödicke, Jüdenstr. 5
Größtes Spezialgeschäft in
Zigarren, Zigaretten, Tabaken
80188

Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Goldberg

R. Schmidt, Inh.: Arthur Schmidt, Ring 4
Drogen, Farben und Kolonialwaren
Kaffee-Rösterei mit Motorbetrieb — Bezugsquelle für beste Kaffees. — Gewürze, Tee, Kakao, Chemikalien, Verbandstoffe, Seifen, Parfümerien
Große Auswahl in Zigarren und Zigaretten
80427

Sächs. Leinwand-Geschäft, Ring 6
Meine Spezialität
Leibwäsche, Bettwäsche, Inletts und Bettfedern
Gardinen, Linoleum, Trikotagen, Schürzen
80422

Damenhüte, Trikotagen, Kurzwaren, Strickbekleidung
Spezial-Hut-Haus Carl Grossmann
Herrenhüte, Oberhemden, Selbstbinder, Herrenwäsche
8.422

Herren- und Knabenbekleidung
Paul Förster
Ring 17
80428

Carl Schöps, Ring 34
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
Spezialität
Goldberger Brühwürstchen
8.418

Reinhold Bundrack, Reiffierstr. 24
Feinkost, Kolonialwaren
Zigarren — Zigaretten — Tabake
80424

Größtes Spezialgeschäft am Platze
für Zigarren, Zigaretten, Tabake
Fritz Herpolsheimer, Ring 15
8.429

Haynau

Kurt Chroszcz, Großdestillation
Likörfabrik und Ausschank
Bahnhofstraße 40
8.419

Alfred Schöps
Liegnitzer Strasse 35
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
8.426

E. L. Meister, Matthäipl. 5
Drogerie
Farben — Lacke — Kolonialwaren
80433

Herren-, Knaben- und Berufskleidung
Fritz Knebel Nachf., Inh. Erich Lebrich

Mieterschutz und Wohnungsnot

Die Denkschrift der Reichsregierung

Von Richard Schulz, M. d. L.

Die Wohnungsnot und das Wohnungselend nehmen in Deutschland immer schlimmere Formen an. Der Mietwucher ist bis zur Unerträglichkeit gesteigert worden. Dreißig Prozent betrug der Mietzins für Altbauwohnungen im Jahre 1924. Jetzt beträgt er 120 Prozent. Dazu kommen noch die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer, welche durch die Gemeinden beschlossen und erhoben werden. Hand in Hand mit der Mietpreiserhöhung geht der systematische Abbau des Mieterschutzes vor sich. Der aus der Kriegs- und Wohnungsnot im Jahre 1923 entstandene „Mieterschutz" wird seit Jahren von den Hausbesitzern bekämpft. Sie erreichten die Herausnahme der möblierten Zimmer aus dem Mieterschutz. Diese Verordnung, welche trotz der Geltungsdauer der Mieterschutzgesetze bis 1. Juli 1926, am 12. Dezember 1924 durch die Reichsregierung erlassen wurde,

entzog den Gemeinden das Beschlagnahmerecht.

Das von den Sozialdemokraten geleitete Preußenkabinett erließ am 11. November 1926 eine Verordnung, welche die Gewerberaummieter des Mieterschutzes beraubte. Der Mieterschutz selbst wurde 1926 gelockert. Es wurden die Fristen für die Räumungsklage um die Hälfte gekürzt. Man wollte damit den Hausbesitzer von den sogenannten asozialen Mietern befreien, und man bestimmte, daß bei Einreichung der Räumungsklage das Gericht das Fürsorgeamt benachrichtigt, damit es durch Zahlung der rückständigen Miete den Mieter vor der Exmission bewahre. Dem Hauseigentümer wurde der Anspruch auf Wohnung und Gewerberaum in seinem Hause zugesprochen, dem wegen Mieterrückstand exmittierten Mieter wurde der Anspruch auf einen Ersatzraum entzogen. Und der Mieter, der wegen persönlicher Differenzen mit dem Vermieter zur Räumung der Wohnung verurteilt wurde, sollte keinen Anspruch auf angemessenen Ersatzraum mehr haben, sondern sich „mit ausreichendem" Ersatzraum begnügen müssen. Schließlich sollte bei den Werkswohnungen statt der Stellung eines Ersatzraumes eine Ablösung durch „angemessene Entschädigung" möglich sein.

Das Jahr 1927 stand demzufolge im Zeichen des Abbaues. Von drei Seiten erfolgte der Angriff auf die Mieter. Die preußische Reichsbanner-Regierung erwies sich durch die Verordnung vom 4. und 11. Oktober 1927 als treuer Bundesgenosse der Hausbesitzer. In der Verordnung vom 4. Oktober 1927 bestimmte der preußische Volkswohlfahrtsminister Hirtsiefer, daß über Wohnungen, welche aus großen Wohnungen erstellt sind, der Hausbesitzer selbst verfügen und die Miete nach eigenem Ermessen festsetzen darf. In der Verfügung vom 11. Oktober 1927 wurde das Wohnungsmangelgesetz bei Gemeinden mit weniger als 4000 Einwohnern glatt aufgehoben. Die Reichsregierung und Regierungsparteien beabsichtigen, den

Mieterschutz ganz zu beseitigen.

Die Regierung legte dem Reichstag am 21. Juni 1927 eine Novelle zu den Mietergesetzen, welche bis 1. Juli 1927 befristet und dann bis zum 31. Dezember 1927 verlängert worden waren, vor. Diese Novelle wurde von dem Reichsrat abgelehnt, aber vom Wohnungsausschuß des Reichstages mit 15 gegen 12 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten angenommen. Diese Novelle will an Stelle der Aufhebungsklage die Kündigung durch den Hausbesitzer zulassen. Er soll bei dem Gerichtsschreiber den Antrag auf Kündigung stellen, und dieser soll, ähnlich wie im Mahnverfahren für Geldforderungen, dem Mieter die Kündigung zustellen. Unterläßt der Mieter, hiergegen innerhalb einer Woche Widerspruch zu erheben, so soll der Gerichtsschreiber die Räumung der Wohnung anordnen können. Hiergegen soll dem Mieter ein Einspruch nur zustehen, wenn er nachweisen kann, daß er unverschuldet die Räumungsfrist versäumt hat. Da die Mieterschutzgesetze nur bis zum 15. Februar 1928 verlängert worden sind, muß der Reichstag in den nächsten Wochen zu der bereits vom Wohnungsausschuß angenommenen Regierungsvorlage Stellung nehmen.

Was dieser Angriff auf die Mieter bedeutet, geht am besten aus dem Ergebnis der im Frühjahr dieses Jahres stattgefundenen Reichswohnungszählung hervor. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes vom 16. Mai 1927 hat Deutschland einen Fehlbedarf von 950 000 Wohnungen. Diese Zahlen entsprechen noch nicht einmal den wirklichen Verhältnissen. Denn das Preußische Statistische Landesamt kommt zu

einem Fehlbedarf von 1 700 000 Wohnungen

in Deutschland, davon 1 200 000 in Preußen allein.

Auch in der Frage des Wohnungsbaues kommt diese mieterfeindliche, nur auf das Wohl der Hauskapitalisten berechnete Politik zum Ausdruck. Gestützt auf das Ermächtigungsgesetz, welches mit den Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen wurde, ist wieder mit den Stimmen der Sozialdemokraten die Hauszinssteuer eingeführt worden. Um die Mieterschaft zu täuschen, versicherte man zunächst, daß das gesamte Aufkommen aus der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau Verwendung finden sollte. Wieder einmal, wie so oft, wurden die Mieter betrogen; denn glatt **50 Prozent werden für die Bedürfnisse des reaktionären Staatsapparates verwendet.**

Es wirkt demnach wie ein Hohn, wenn jetzt in den letzten Tagen die Reichsregierung eine Denkschrift, betitelt „Die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung" der Bevölkerung beschert hat. Denn die dort aufgeführten Zahlen über Wohnungsnot, Bautätigkeit, Höhe der Mieten fallen auf die Bürgerblockregierung zurück. Ebenso muß sich die Schrift gegen die sozialdemokratische Koalitionsregierung in Preußen wenden. Als Ausweg aus dem Wohnungselend sieht diese Denkschrift, wie nicht anders zu erwarten, natürlich neue Mietserhöhung und weitere Beseitigung des Mieterschutzes vor. Die Reichsregierung ist bestrebt, den wahren Umfang der Wohnungsnot zu verschleiern. Trotzdem sie durch das Statistische Reichsamt im Frühjahr dieses Jahres den Fehlbedarf der Wohnungen auf 950 000 angab, erklärt sie jetzt ganz einfach, in Deutschland fehlen „nur" 600 000 Wohnungen. Es würde zu weit führen, und es war auch in diesem Artikel nicht beabsichtigt, auf einzelne Auswüchse der Wohnungsnot selbst einzugehen. Die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt in den Industriegebieten und Großstädten, wo auf je 100 Wohnungen 10—11 selbständige Haushaltungen ohne Wohnung sind, sprechen eine deutliche Sprache und müssen den Mietern endlich die Augen öffnen. Die kommenden Wahlen bieten zur Abrechnung mit dieser mieterfeindlichen Gesellschaft beste Gelegenheit. Darüber hinaus aber muß die Antwort der proletarischen Mieter lauten:

Sturz der Bürgerblockregierung!
Sturz der kapitalistischen Gesellschaft!

Zum Reichstagszusammentritt

Berlin, 9. Januar. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat beantragt, am 1. Tage des Wiederzusammentritts des Reichstages ihre Interpellation über den Phoebus-Skandal und den kommunistischen Antrag zu beraten, der verlangt, daß die vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung erlassene Verordnung über die Wartezeit in der Erwerbslosenfürsorge aufgehoben und daß die Unterstützung vom Tage der Arbeitslosmeldung an gewährt wird.

Der neueste Bluff der Sowjetregierung?

Hermann Obier (SPD.), Breslau

Unter dieser Ueberschrift erschien Anfang Dezember in der sozialdemokratischen „Volkswacht" in Breslau ein Artikel, der mit widerlichem Gelläff feststellen wollte, daß das Exekutivkomitee in Rußland nur lediglich aus Agitationsgründen den 7stündigen Arbeitstag beschlossen habe. An Hand von sogenannten Berichten versuchte sie, zu beweisen, daß es vollständig ausgeschlossen sei, überhaupt an einen 7stündigen Arbeitstag zu denken. Daß er von heute auf morgen noch nicht restlos durchgeführt ist, sollte dafür zeugen, daß Beschlüsse nur gefaßt werden, um dem russischen Arbeiter Sand in die Augen zu streuen. Abgesehen davon, daß es auch der „Volkswacht" bekannt sein wird, daß die Umstellung im Laufe eines Jahres vor sich gehen soll, ist es bezeichnend, daß ausgerechnet Arbeiterblätter es sind, die immer und immer wieder versuchen, die Errungenschaften des russischen Arbeiters herabzusetzen.

Jeder beliebige Schwindel, der in irgendeinem Käseblatt über Rußland geschrieben steht, wird glatt übernommen, um dem deutschen Arbeiter zu zeigen, wie schön er doch in der geheiligten deutschen Republik lebt. Ich erinnere nur an die sogenannten „Moskauer Lebensmittelkrawalle!" Hu! Da mußte sogar die „Polizei" mit blanker Waffe vorgehen! In Deutschland gar nicht denkbar! Nun erscheint am 27. Dezember 1927 wiederum ein Artikel mit der Ueberschrift: „Siebenstundentag in Rußland?" Darunter ebenfalls in Fettdruck: „Nicht einmal der Achtstundentag wird eingehalten." Und nun geht die Beweisführung los.

Angeblich gibt der „Trud" Nr. 286 vom 5. Dezember 1927 „interessante Aufschlüsse" darüber, daß die Torfarbeiter bisher „10 Stunden lang" arbeiten mußten und daß jetzt die Werksleitungen (?) den Vorschlag der Arbeitervertreter, eine 9stündige Arbeitszeit einzuführen, „angenommen" haben. Merkst du, deutscher Arbeiter, wie es dir gut geht? Aber es kommt noch besser. „Der Lohn ist festgesetzt mit 3 Rubel pro Tag für männliche und 1,35 Rubel für weibliche Arbeiter." Merkst du, deutscher Arbeiter, daß es dir jetzt „noch guter" geht? Und nun das Gehässigste von allem als Kommentar der Zeitung: „Wo ist hier der 8stündige Arbeitstag? Abgesehen davon, warum ist der Unterschied zwischen der Bezahlung der weiblichen und männlichen Arbeitskräfte so überaus groß?" Es läßt sich leider mit so einem gelehrten Blatt nicht darüber streiten, ob in Rußland der 8stündige Arbeitstag ganz konsequent durchgeführt ist oder nicht. Aber die Taktik, die damit verfolgt wird, ist doch zu durchsichtig. Den deutschen Arbeitern soll der Verlust des Achtstundentages etwas schmackhafter gemacht werden, und sie sollen durch neue Hinweise von den Schwächen und Fehlern der eigenen Führer abgelenkt werden. Es gelingt ihnen aber nicht. **In Rußland ist nicht nur der Achtstundentag restlos durchgeführt (für Schwerarbeiter und Bergarbeiter unter Tage gar bloß 6 Stunden), sondern es ist mit der Umstellung zum Siebenstundentag bereits begonnen worden.** Eine am 7. November 1927 in Iwanow Wonessensk in Betrieb gesetzte Textilfabrik hat den Siebenstundentag. Allein in Leningrad haben jetzt schon folgende Fabriken den Siebenstundentag eingeführt: Glühlampenfabrik „Swetlana"; die Textilfabriken „Sowetskaja Swesda", „Ravenstwo", „Bela Kun", „Jeljabow"; die lederverarbeitenden Betriebe „Pobeda" und „Ikorochod"; die Gummifabrik „Trengolnik" und viele andere. Welche ungeheuren Schwierigkeiten bei den meisten Betrieben mit der Umstellung verbunden sind, kann man sich leicht denken. Das alles wissen unsere Führer zu genau, aber wehe, wenn die russischen Führer nicht imstande sind, das alles an einem Tage nur so aus dem Handgelenk herauszuschütteln. Dann ist es eben nur „Bluff".

Daß in keinem anderen Staate der Welt die Frau gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit bekommt, wissen auch unsere Führer. Aber immer nur feste etwas anderes gesagt, es wird schon was hängen bleiben. Uebrigens schreibt es ja die russische Presse selbst. Bitte schön. — Wir kennen solche Kulissenschieberei.

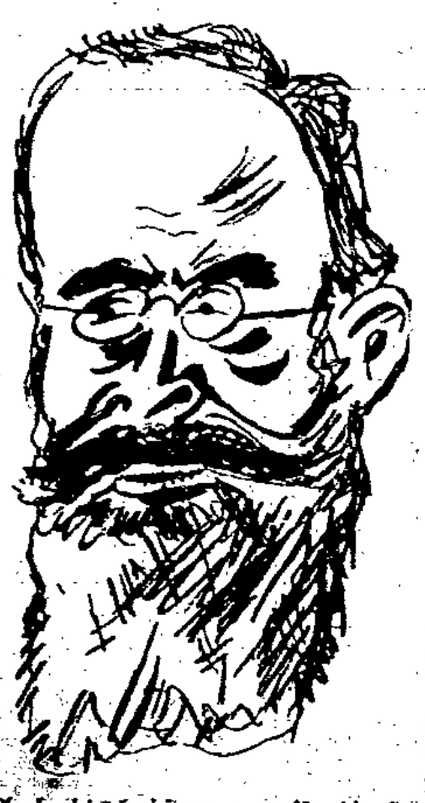
Genossen, laßt euch nicht von solchen Kinkerlitzchen irreführen. Einmal dringt doch die Wahrheit über Rußland durch. Trotz alledem — und alledem!

*

Wir entnehmen diesen Artikel der Zeitschrift „Die Einheit" (Nr. 1, Jahrgang 1928). Der Verfasser Hermann Obier wurde — wie unsern Lesern bekannt — von Arbeitern der städtischen Betriebe in Breslau nach der Sowjetunion zur Zehnjahresfeier der Oktoberrevolution delegiert. Obwohl Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, wendet sich Obier mit großer Entschiedenheit gegen die erbärmlichen Methoden der SPD.-Führer, die proletarischen Errungenschaften in der Sowjetunion als Bluff oder Agitationsmanöver zu denunzieren. Der Artikel muß von unseren Genossen im Betrieb zur Weitergabe an die sozialdemokratischen Kollegen benutzt werden.

Aus aller Welt

Heinrich Zille, 70 Jahre alt



Am 10. Januar wird Heinrich Zille, der Zeichner des proletarischen Berlins, siebenzig Jahre alt. Die siebzig Jahre, die er jetzt hinter sich hat, waren siebzig Jahre eines Proletariers.

Am 10. Januar 1858 wurde Heinrich Zille als Sohn eines Proletariers in der sächsischen Kleinstadt Radeburg geboren. In ärmlichsten Verhältnissen — zwischen Schmutz und Unrecht wuchs er auf. Als Heinricht neun Jahre alt war, kam er nach Berlin, wo er mit seinen Eltern in einer leeren Wohnung hauste, deren Mobiliar aus einem leeren Koffer, einem Schemel und einer Tasse ohne Henkel bestand. Auf den Dielen schlief man. Heinrich, der sehr gern zeichnete, ging in den letzten Jahren vor seiner Entlassung aus der Schule jede Woche zweimal zu einem alten Zeichenlehrer in die Stunde. Das kostete im Monat einen Taler, den er sich durch Botengänge und andere Arbeitsleistungen für die Hausbewohner verdiente. Wegen seines Talentes kam er nach seiner Schulentlassung zu einem Lithographen in die Lehre. Nach Beendigung seiner Lehrzeit war Zille in den verschiedensten Betrieben als Lithograph tätig. 1887 kam er zu der „Photographischen Gesellschaft, Berlin" In der zwanzig Jahren, die er hier arbeitete, lernte er den Unternehmer kennen und hassen. Wenn er Forderungen stellte, hieß es: „Aber, Herr Zille, Sie sind doch ein Kind des Hauses". — 1907 wurde Zille zum Prokuristen gerufen, der ihm sagte, daß, da Zille ja sowieso nicht zufrieden sei, die Firma ihm kündige. Als der Prokurist Zille die Hand zum Abschied reichen wollte, sagte dieser: „Sie sind ein Schuft!" — Nach zwanzigjähriger Tätigkeit bei der Firma hatte man den Fünfzigjährigen auf die Straße geworfen. Zwei Tage lag er zu Hause auf dem Sofa und grübelte: „Was nun?!" Seine Frau wußte noch nach Tagen nichts von dem Hinauswurf. Heinrich Zille versuchte nun durch seine Zeichnungen etwas zu verdienen. Das meiste, was er fortschickte, bekam er zurück. Was gedruckt wurde, bekam er äußerst schlecht bezahlt.

Mit den Jahren setzte sich Heinrich Zille durch, und jetzt ist zumindest jedem Berliner der Name Heinrich Zille bekannt. In den letzten Jahren hat man ihn mit Ehren überhäuft, seine Bilder in die öffentlichen Sammlungen aufgenommen, ihn selbst zum Mitglied der preußischen Akademie der Künste gemacht.

Zille hat immer nur Proletarier dargestellt —und zwar von einer Wahrhaftigkeit, die manchmal erschreckt. Das Schmeicheln liegt Heinrich Zille nicht. Er sieht und zeichnet den Proletarier mit allen seinen kleinen und großen Schwächen. Heinrich Zille stellt seine eigene Klasse dar — und das gibt seinen Arbeiten die Unmittelbarkeit und Kraft. Er lebte immer — und lebt jetzt noch mit der Masse. Er kennt ihre Heimlichkeiten, ihre Nöte, ihre Kneipen, ihre Hinterhofwohnungen. Er hat keine „Einstellung zur Masse", sondern ist und fühlt sich als ein Teil von ihr — auch in seiner politischen Einstellung: „Seitdem die Kommunisten das sagen und verfolgen, was früher die Sozialisten tun wollten, aber nicht getan, bin ich Kommunist."

Die Explosion in der Dahlemer Villa

Verhaftung Weingärtners

Die Kriminalpolizei hat am Montagabend den Mitbesitzer der Villa in Berlin-Dahlem, in der sich am Sonntag die Explosion ereignete, den Generalkonsul Weingärtner, wegen fahrlässiger Tötung und Verbrechen und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet.

Die Aufräumungsarbeiten an der Explosionsstätte sind am Montag beendet worden.

*

Ueber die Explosion in Berlin-Dahlem werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die acht verletzten Personen haben wie durch ein Wunder nur leichte Verletzungen davongetragen und befinden sich sämtlich außer Lebensgefahr. Die Bewohner des unbeschädigten Teiles der Villa dürften auf ihren Wunsch in ihren Wohnungen bleiben.

Die Londoner Ueberschwemmung

Während des ganzen Sonntags wurden die Aufräumungsarbeiten im Ueberschwemmungsgebiet von Westminster fortgesetzt. Hilfsorganisationen haben der betroffenen Bevölkerung in Zusammenarbeit mit der Heilsarmee Obdach und warme Mahlzeiten verschafft. Die Gefahr der Rückkehr der Ueberschwemmungen ist zum größten Teil beseitigt, da inzwischen an den Einbruchsstellen neue Wälle errichtet und an anderen Stellen die Schutzvorrichtungen verstärkt worden

sind. Das Wetter hat sich gleichfalls gebessert. Den beteiligten Behörden werden nach wie vor die schwersten Vorwürfe gemacht. Sachverständige sollen bereits vor einigen Tagen auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht haben. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß nach dieser Katastrophe das vor einigen Jahren fallengelassene Projekt, die Themse auszubaggern und die Uferwälle zu verstärken, nunmehr doch noch verwirklicht werden wird. Die durch die Ueberschwemmung angerichteten Schäden sind nicht viel geringer, als die Ausführung des Projektes gekostet haben würde. Als Folge der Ueberschwemmung sind zahlreiche Gaszuführrohre zerstört worden, wodurch sich einige kleinere Explosionen ereignet haben.

Raubmord an einer 15jährigen. In den letzten Tagen ist in einem der Stadt Castrop (Westfalen) nahegelegenen Wäldchen die 15jährige Tochter eines Forstes von einem Unbekannten überfallen, beraubt und erschlagen worden. Die Leiche des Kindes wurde nach langem Suchen mit Hilfe von Spürhunden in einem 200 Meter vom Wege entfernten Gebüsch mit Laub bedeckt aufgefunden. Von dem Mörder fehlt noch jede Spur.

Eine Kokainhöhle ausgehoben. Seit längerer Zeit stand eine Frau, die in der Jahnstraße in Düsseldorf eine größere Wohnung innehatte, in dem Verdacht, daß sie gewerbsmäßig Kokain und andere Rauschgifte gegen hohe Bezahlung zum sofortigen Gebrauch absetzte. Nunmehr ist die Kriminalpolizei in die Wohnung der Frau eingedrungen und fand dort eine reguläre Kokainhöhle vor. In der Wohnung wurde eine Reihe von Personen aus Düsseldorf und auswärts betroffen, die dem Rauschgiftlaster huldigten. Unter anderem konnte auch ein größerer Posten Rauschgifte in verkaufsfertiger Verpackung bei der Wohnungsinhaberin gefunden und beschlagnahmt werden. Gegen die Frau wurde ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen das Opiumgesetz und Kuppelei eingeleitet.

25 Todesopfer einer Alkoholvergiftung. TU. Madrid, den 10. Januar. Nach dem Genuß von Schnaps, der aus Methylalkohol hergestellt war, erkrankten in Larache 40 Personen unter schweren Vergiftungserscheinungen. 25 Erkrankte sind bereits gestorben.

Ein Todesopfer eines Lawinenunglücks. TU. Immenstadt, 10. Januar. Am Sonnabendnachmittag wurden vier Herren und eine Dame aus Stuttgart und Heilbronn zwischen Ponten und Rhone unter einer Lawine begraben. Während zwei der Verunglückten alsbald mit leichteren Verletzungen ausgegraben werden konnten, konnte die Dame in schwerverletztem Zustande geborgen werden. Ihr Bruder, ein Herr Seiler aus Stuttgart, Sohn eines Hotelbesitzers, der 10 Meter tief verschüttet, konnte nur als Leiche geborgen werden.

Unwetter über dem Südharz. TU. Nordhausen, 9. Januar. Ueber Nordhausen und Umgebung sind schwere Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen niedergegangen. In mehreren Ortschaften überschwemmten die Wassermassen die Straßen. Das gesamte Südharzgebiet ist durch diese Unwetter heimgesucht worden.

Aus den Gewerkschaften

Erhält der niederschlesische Bergarbeiter eine Lohnerhöhung?

Lahmer Verteidigungsversuch der reformistischen DAV.-Führer

Die „Bergarbeiter-Zeitung" vom 7. Januar veröffentlicht einen längeren Artikel zur Lohnbewegung im niederschlesischen Kohlenrevier. Der Artikel ist ein mißglückter Versuch, die lahme Taktik der reformistischen Bergarbeiterführer vor den Angriffen der Opposition und der kommunistischen Presse zu verteidigen. Hauptsächlich werden darin folgende Fragen berührt: 1. Streik oder nicht? 2. Die Konferenz am 18. Dezember. 3. Der Inhalt des Schiedsspruches. 4. Streik trotz verbindlichen Schiedsspruches?

Streik unter allen Umständen?

In dem Artikel wird behauptet, die kommunistische Pressehütte „nun mal wieder für Niederschlesien den Befehl erteilt, **unter allen Umständen zu streiken**". Abgesehen davon, daß die kommunistische Presse weder Befehle noch Anweisungen erteilen kann, denn das ist Aufgabe der zuständigen Parteileitungen, ist die Behauptung der „Bergarbeiter-Zeitung" aus der Luft gegriffen. Hätte ein Beschluß auf Streik unter allen Umständen vorgelegen, so hätten die Waldenburger Kommunisten zumindest den Versuch eines Streiks unternommen. Der Umstand, daß sie nirgends zum Streik aufgerufen haben, ist der beste Beweis, wie blöde die Behauptung der „Bergarbeiter-Zeitung" ist.

Wahr ist allerdings, daß die Opposition im Bergarbeiterverband, die Kommunistische Partei und die kommunistische Presse die Auffassung vertraten, daß man mit Hilfe des Streiks mehr herausholen könnte, als der für verbindlich erklärte Schiedsspruch gebracht hätte. Von der Richtigkeit dieser Auffassung versuchte die „Arbeiter-Zeitung" alle Bergarbeiter zu überzeugen. Sie hatte dabei Erfolg.

Die Revierkonferenz am 18. Dezember

Im Verlauf der Lohnbewegung, die von Mitte September bis Ende Dezember gedauert hatte, erkannte eine immer größere Zahl parteiloser und auch sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre des Bergarbeiterverbandes, daß sie mit den von der reformistischen Leitung des Bergarbeiterverbandes empfohlenen „Kampf"mitteln keinen Sieg erringen werden. Der Einfluß der Opposition stieg. Am deutlichsten kam dies zum Ausdruck in folgendem: 1. Die reformistische Leitung war nach langem Widerstand gezwungen, das von der Opposition von vorherein vorgeschlagene Ultimatum an den Bergbaulichen Verein schließlich doch zu befürworten. 2. Auf der Konferenz am 18. Dezember stimmten 84 Delegierte für sofortigen Streik. Waren das nur Kommunisten? Nein, von den 84 waren viele Mitglieder der Sozialdemokratie. Trotz dieser Tatsachen wird in dem Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung" großmäulig erklärt:

„Wir sind in der Lage, dem kommunistischen Organ kommunistische Mitglieder und Funktionäre benennen zu können, die dringend vor einem Streik warnten."

Los, Hoffmann, nenne doch die Namen! Dazu bist Du nicht in der Lage!

Um den Inhalt des Schiedsspruches

Die „äußerst wichtigen und durchschlagend sachlichen Gründe" aus denen heraus die Bergarbeiterführer den Streik am 18. Dezember nicht empfehlen konnten, sieht die „Bergarbeiter-Zeitung" in dem Inhalt des Schiedsspruches. Sie errechnet, daß die Löhne der einzelnen Arbeitergruppen sich folgendermaßen erhöht haben: Hauerdurchschnittslohn um 20 Prozent; Zimmerhauertariflohn um 15,40; Handwerker um 14,82; Neuroder Kohlenhauer um 11,11; Zimmerhauer auf den Tongruben um 9,26; Neuroder Handwerker um 10,86; die Lohn„erhöhung" für die Wenzeslausgrube wagt man nicht anzugeben. Um dem Einwand zu begegnen, daß es sich nur um Tariflöhne handelt, die auch nach der Erhöhung unter den Effektivlöhnen bleiben, wird gesagt: „Richtig ist auch, daß bei jeder Lohnerhöhung .... immer nur die Tariflöhne erhöht wurden, die sich dann effektiv stets auswirkten." Weiter wird geschrieben:

„Es gibt Schachtanlagen im Revier, deren Hauerdurchschnittslohn jetzt noch unter den Sätzen des Schiedsspruches liegen. Ebenso erhalten alle zum Tariflohn bisher entlohnten Kameraden eine wesentliche Aufbesserung. Strittig ist und bleibt nur die Frage: In welchem Umfang und in welcher Höhe wird sich die Neuregelung auf die Löhne auswirken, die bisher schon wesentlich über dem Tariflohn standen? Diese Frage kann aber allein von der tatsächlichen Entwicklung im Anschluß an die Neuregelung beantwortet werden."

Es ist bezeichnend, daß die „Bergarbeiter-Zeitung" den Versuch unternimmt, den Schiedsspruch als nicht ungünstig auszulegen, bei nicht einmal eine Angleichung der Tariflöhne an die Effektivlöhne bringt, und von der Revierkonferenz am 18. Dezember einstimmig abgelehnt wurde. In den Verdrehungskünsten sei dazu folgendes gesagt: Es ist nicht wahr, daß bei einem Neuabschluß des Tarifvertrages nur die Tariflöhne erhöht werden können. Z. B. hat der vom Arbeitsminister nicht für verbindlich erklärte Schiedsspruch auch eine sechsprozentige Erhöhung der Effektivlöhne vorgesehen. Natürlich kann man in diesem Falle mit Recht sagen, daß dadurch diese Löhne Tariflöhne werden. Es sei auch die Frage gestellt, weshalb Hoffmann und die anderen reformistischen Führer monatelang die Forderung nach der Erhöhung der Effektivlöhne propagiert haben, wenn diese Erhöhung unmöglich sei? Es sei zugegeben, daß es Schachtanlagen gibt, wo der Hauerdurchschnittslohn infolge seiner außerordentlich geringen Höhe auf Grund des Schiedsspruches eine sofortige minimale Aufbesserung erfahren wird. Anders ist es aber mit den Schichtlöhnern. Diese haben in der Regel übertarifliche Zuschläge erhalten, so daß für sie eine Lohnerhöhung nicht ohne weiteres eintritt. Richtig ist, was in dem angeführten Zitat zum Schluß gesagt wird:

„Ob die Waldenburger Bergarbeiter eine Lohnerhöhung erhalten, hängt ausschließlich von dem guten Willen der Grubenbesitzer ab. Halten sie sich streng an den Tarif, so gibt es für die übergroße Mehrzahl der Arbeiter keine Lohnerhöhung. Zahlen sie über Tarif, so wird eine Erhöhung eintreten."

Führer, die einen derartigen Schiedsspruch mit einem derartigen Inhalt als günstig bezeichnen, und die gegenteilige Auffassung in langen Artikeln bekämpfen, sind wert zum Teufel gejagt zu werden!

Streik trotz Verbindlichkeitserklärung?

In dem Artikel wird entschieden abgestritten, daß Schmidt und Hoffmann gesagt hätten, „auch gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch würde gestreikt werden". Wörtlich wird geschrieben: „Schmidt und Hoffmann kennen doch zu gut die Auswirkungen eines Streiks für den Verband gegen einen durch Schiedsspruch mit Verbindlichkeitserklärung zustandegekommenen Tarifvertrag, als daß sie öffentlich zu einem solchen Schritt aufforderten."

Damit wird offen zugegeben, daß die reformistischen Führer vor jedem noch so schlechten verbindlichen Spruch auch in Zukunft kapitulieren werden.

Ist der Reichsarbeitsminister nicht ein Glied der Bürgerblockregierung, die doch gewiß nicht über den Klassen steht?

Sind die Schlichter nicht Beauftragte dieser Regierung?

War es nicht ein Skandal, daß der Spruch, der eine sechsprozentige Erhöhung auch der Effektivlöhne vorsah, nicht, aber der bedeutend ungünstigere Dezemberspruch sofort für verbindlich erklärt wurde?

Was gedenkt die reformistische Leitung des Bergarbeiterverbandes zu tun, um den Bergarbeiterverband wieder in die Lage zu versetzen, erfolgreiche Kämpfe zu führen?

Bergarbeiter, fordert von Hoffmann und seinen Gesinnungsgenossen die konsequente Beantwortung dieser Fragen!

Alles in allem ist der Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung" durchaus nicht in der Lage, die Kritik der Opposition an der Haltung der reformistischen Führer auch nur abzuschwächen.

Zwei Landarbeiterkinder verbrannt

In der Wohnung des Dominialarbeiters Henning in Kauern brach am Donnerstagvormittag ein Stubenbrand aus, bei dem zwei Kinder in dem Brand erstickten. Die beiden ein und drei Jahre alten Kinder waren in der Wohnung allein zurückgeblieben, während sich die Eltern auf Arbeit befanden.

Wie ist es möglich, daß zwei Kinder den ganzen Tag ohne Aufsicht bleiben können? Liegt hier etwa sträfliche Nachlässigkeit der Eltern vor? Nein! Die schlesischen Landarbeiter sind auf Grund des bis 2. Januar gültig gewesenen Tarifs verpflichtet, die Kinder im Stich zu lassen. Hieß es doch sogar im § 6 des Tarifs: „Arbeitsverträge dürfen den Arbeitnehmer nicht verpflichten, zu seinem Haushalt gehörige Personen, mit Ausnahme der Ehefrau und der Kinder unter 18 Jahren, in den Dienst des vertragschließenden Arbeitgebers zu treten."

Der tragische Tod der zwei Kinder in Kauern beleuchtet blitzartig die rechtlose Lage der schlesischen und oberschlesischen Landarbeiter. Sie erhalten Löhne, die geringer sind, als die in allen anderen Teilen Deutschlands gezahlten. Ihre Arbeitszeit ist insbesondere im Sommer fast unbegrenzt. Sie haben kein freies Verfügungsrecht über die sogenannten Werkwohnungen. Sie sind tariflich verpflichtet, Frau und Kinder aufs Dominium zu schicken. Kommt die Frau aus irgendwelchen Ursachen nicht mit, so wird der Ehemann mit Geldstrafe belegt.

Der Tarif, der diese unmenschlichen Bedingungen enthielt, wurde von dem Landarbeiterverband vor dem 1. Oktober zum 2. Januar 1928 gekündigt. Drei Monate vergingen, ohne daß die Oeffentlichkeit erfuhr, welche Forderungen der Verband stellt und was die Junker darauf antworten. Erst Anfang Januar brachte die bürgerliche Presse eine Notiz, daß die freien Verhandlungen gescheitert seien und die Schlichtungsverhandlungen am 11. Januar stattfinden. Das Verhalten der reformistischen Leitung des DLV. übertrifft alle Praktiken der Reformisten. Drei Monate wird verhandelt, ohne daß die Arbeiteröffentlichkeit etwas davon erfährt, ohne daß die Landarbeiter mobilisiert werden. Mit dieser Haltung muß endlich Schluß gemacht werden. Landarbeiter, fordert von der Gauführung des Landarbeiterverbandes Bericht, sagt ihr, daß ihr nicht länger gewillt seid, unter den Bedingungen eines Tarifvertrages zu arbeiten, der dem vorjährigen auch nur annähernd gleicht.

Die Opposition siegreich

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

In der Generalversammlung des Keramischen Bundes, Ortsgruppe Freiburg, gelang es der Opposition, sämtliche Posten zu besetzen. Die anwesenden Sozialdemokraten brachten nicht einmal den Mut auf, einen Vorsitzenden oder Kassierer aus ihren Reihen vorzuschlagen. Als Schriftführer schlugen sie einen Kollegen vor, der aus freien Stücken zugunsten des oppositionellen Kandidaten verzichtete. Unterm Punkt Verschiedenes glaubte ein Reichsbannermann, der laut Statut aus der Organisation ausgeschlossen ist, Angriffe gegen unsere Genossen richten zu dürfen. Natürlich wurde er auf seine saumselige Beitragszahlung hingewiesen.

Reformistische Gegenangriffe erfolglos

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

Anfang Januar tagte in Bunzlau die Generalversammlung der Gruppe Hochbau. Kollege Brand (SPD.) hielt einen Vortrag über den Tarifvertrag, den er sehr lobte. Der Vorsitzende, Genosse Scheuner, wies an Hand von Tatsachen nach, daß die Bauarbeiter keinerlei Veranlassung haben, mit dem Tarif zufrieden zu sein. Insbesondere schädlich war der vom Haupttarifamt gefällte Schiedsspruch. danach sollen sämtliche Arbeiten, welche nicht direkt mit den Maurerarbeiten in Verbindung zu bringen sind, als Tiefbauarbeiten betrachtet werden. Für die betreffenden Arbeiter bedeutet dies eine Lohnkürzung von zehn Pfennigen. Auch zitierte er die Worte des Geschäftsführers Scheibel vom ADGB. in Berlin, der in einer Vorständekonferenz in Breslau erklärte: Es komme uns nicht darauf an, was in dem Tarif steht, sondern hauptsächlich darauf, einen Tarif abzuschließen. Bei der Neuwahl des Vorstandes machte sich eine planmäßige Opposition gegen unseren Genossen Scheuner bemerkbar. Nach einer heftigen Diskussion ergab die Abstimmung folgendes Resultat: **Scheuner 50 Stimmen,** Winter 20 Stimmen, 3 Stimmen ungültig. Der oppositionelle Schriftführer, Genosse Kühn, wurde wiedergewählt. Unter Punkt 5 wurden Erläuterungen über die Lohnsteuererstattung gegeben. Zum Schluß wurde die Schwarzarbeit behandelt und aufgefordert, mit allen Mitteln gegen sie anzukämpfen.

Um den Manteltarif der niederschlesischen Metallarbeiter

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

Die Metallarbeiter von Niesky hielten am 4. Januar eine öffentliche Versammlung ab. Ueber den dort gegebenen Rußlandbericht schreiben wir im lokalen Teil. Unter Punkt 1 gab Kollege Schubert den Bericht über die Manteltarifverhandlungen. Dieser brachte wohl einige Verbesserungen, aber die Wünsche der Proleten gingen nicht in Erfüllung. Jeder Gewerkschaftsforderung setzten die Unternehmer unter Führung des Oberscharfmachers Neuhaus eine Gegenforderung entgegen. Der Lohn soll nun nach Feierabend ausgezahlt werden. — Die Unternehmer wünschten sogar, daß die Maschinenreinigung ebenfalls nach Arbeitsschluß erfolgen sollte. Auch beantragten sie, Niesky in die zweite Ortsklasse einzureihen. Ob damit der Dank an die Firma E. & U. für ihren Eintritt in den Unternehmerverband ausgedrückt werden sollte? Der Manteltarif wurde auf zwei Jahre abgeschlossen. In der Aussprache führte Kollege Goldner etwa folgendes aus: Die Gewerkschaftsführer haben wieder einmal ohne Befragen der Mitgliedschaft einen Vertrag für zwei Jahre abgeschlossen. Was nun, wenn in einem anderen Bezirk Streitigkeiten ausbrechen? Dann wird der Bezirk Niederschlesien nach Ansicht dieser Führer nicht die Möglichkeit haben, die Kollegen durch eine Aktion zu unterstützen. So bleibt der Bezirk allein, und die Kollegen können sich totstreiken. Durch solche Methoden sind die Kämpfe von vornherein zu Niederlagen verurteilt. Die Kollegen müssen wachsam sein, und die Wiederholung eines ähnlichen Schandvertrages in der Lohnfrage am 1. Juli verhindern. Als zweiter sprach Kollege Ey, der die Verbindung des Mantel- mit dem Lohntarif forderte.

Kündigung des Reichstarifs der Dachdecker

Der Reichsverband des deutschen Dachdeckerhandwerks (Unternehmerorganisation) hat am 28. Dezember mit Schreiben an den Zentralverband der Dachdecker Deutschlands den am 9. Juni 1926 abgeschlossenen Reichstarifvertrag für das Dachdeckerhandwerk zum 31. März gekündigt. Es wird die Absicht damit verbunden, einige Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Zustande sowohl in der Arbeitszeit als auch in den Lohnfrage und in der Urlaubsbestimmung durchzudrücken.

Der Zentralverband hatte, wie die Dachdecker-Zeitung mitteilt, bereits einen Tag zuvor ein Schreiben an den Reichsverband gesandt, worin er ebenfalls den Tarifvertrag kündigte. In diesem Schreiben heißt es, daß mit Rücksicht auf das Vorgehen der Unternehmer in der Arbeitszeitfrage, in der Ueberstundenvergütung und mit Rücksicht auf die neuerlichen Urteile der Arbeitsgerichte eine neue Regelung des § 2 des Reichstarifvertrages sich notwendig mache. Auch neben dem § 2 seien einzelne Absätze vorhanden, die einer Korrektur bedürfen.

Verbandstag der Lederarbeiter

Der Zentralvorstand des Verbandes aller in der Leder- und der Lederhandschuh-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands beruft den 19. Verbandstag zum 17. Juni 1928 nach Dresden ein. Anträge müssen spätestens bis zum 1. April dem Zentralvorstand überwiesen werden. Aus der Tagesordnung ist erwähnenswert: 1. Die Berichte des Vorstandes; 2. Wissenschaftliche Forschungen in der Lederindustrie; 3. Die Wirtschaftspolitik in Deutschland; 4. Die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes; 5. Statutenberatung; 6. Der Gewerkschaftskongreß in Hamburg; 7. Nächster Internationaler Kongreß der Schuh- und Leder-Industriearbeiter und 8. Wahlen sowie Festsetzung der Gehälter.

Breslau

Heute Einführungskurse!

Stadteil Ost: Webskyschloß, Webskystraße, Ref. Hausen.
Stadteil Süd-Zentrum: Turmhof, Antonienstraße. Ref. Dombrowski.
Stadteil Nord: Zellen 1, 2, 3: Rathey, Schießwerderstr. 15, Ref. Erbe. Zellen 4, 5, 6, 7: Leninheim, Oelsnerstraße 27, Referent Wollweber.

Beginn 20 Uhr. Thema: „Der Kampf um die Tagesforderungen und die proletarische Einheitsfront."

Eine halbe Million Mark für Straßenbahn-Gleisanlagen

Eine dringende Notwendigkeit ist eine schnellere Abwicklung des Breslauer Straßenbahnverkehrs. Nachdem die letzten Anordnungen der Verwaltung keine Beschleunigung des Verkehrs gebracht haben (weil andere Gründe als langes oder kurzes Halten an den Haltestellen an der Langsamkeit des Straßenbahnverkehrs schuld sind), will man nun das Problem von einer anderen, erfolgversprechenderen Seite lösen. Für Gleisbauten hat daher der Magistrat 427 000 Mark vorgesehen, die in der Donnerstag-Stadtverordnetensitzung bewilligt werden sollen. Sie verteilen sich wie folgt:

Das starke Anwachsen des Verkehrs in der engen Weidenstraße und am Christophoriplatz sowie die geplante Einführung des Einbahnstraßenverkehrs machen die Verlegung der Linie 18 erforderlich. Diese soll in Zukunft durch die Zwingerstraße über die Taschen- und Poststraße nach Scheitnig geführt werden. Zu diesem Zweck ist der Einbau von Verbindungsgleisen in der Zwingerstraße notwendig, die bis auf die Weichen bereits vollendet sind. Kosten: 72 000 Mark.

Einlegewagen, die den Umsteigeverkehr an Sonntagen und bei besonderen Veranstaltungen an der Tiergartenstraße Ecke Kaiserstraße in Richtung Scheitnig aufnehmen, müssen bisher an der Dickhutstraße umgelegt werden. Dieses Umlegen behindert aber den starken Durchgangsverkehr. Es ist daher beabsichtigt, in Zukunft die Einlegewagen von der Tiergartenstraße über die Freiheitsbrücke, Ohlauufer, Lessingbrücke, Adalbertstraße, Scheitniger Straße wieder nach Scheitnig zu führen. Dadurch ist es auch möglich, den Umsteigeverkehr der Linien 7 und 8 Adalbert- Ecke Scheitniger Straße aufzunehmen, wodurch eine Entlastung der Linien 1 und 18 eintreten wird. Zu diesem Zwecke ist der Einbau einer einfachen Gleisverbindung am Ohlauufer notwendig. Erforderlich 15 000 Mk.

Um den bei Sportveranstaltungen im Stadion zu erwartenden Massenverkehr bewältigen zu können, ist die Anlage einer Gleisschleife erforderlich. Diese soll mit Rücksicht auf den weiteren Ausbau der Siedlung Zimpel und die Eingemeindung der Gemeinde Schwoitsch nicht an der jetzigen Endhaltestelle, sondern vor der Güntherbrücke angelegt werden. Dadurch ist die Verlängerung der jetzigen Gleisanlage notwendig. Kostenpunkt 90 000 Mark.

Die Endhaltestelle der Linie 1 in Grüneiche liegt unmittelbar vor dem Bahnhof VI. Die Anhängewagen werden im Bahnhof selbst bzw. auf den Ein- und Ausfahrtsgleisen umgesetzt. Es hat sich als notwendig herausgestellt, die Ein- und Ausfahrt freizuhalten, um ein schnelleres Einsetzen von Einlegezügen bei größeren Veranstaltungen in der Jahrhunderthalle, Radrennbahn usw. zu ermöglichen. Der Endpunkt der Linie 1 soll aus diesem Grunde auf die neu zu errichtende Gleisanlage neben dem Bahnhof verlegt werden. Die Arbeiten an dieser Stelle erfordern 47 000 Mark.

Die bisherige Gleisschleife in Schmiedefeld bildet nach Ansicht der Luftpolizei in ihrer jetzigen Form für die ankommenden und startenden Flugzeuge eine Gefahrenquelle, auf deren Beseitigung die Luftpolizei drängt. Aus betriebstechnischen Gründen kann aber auf die Gleisschleife nicht verzichtet werden. Auf Grund der Verhandlungen mit der Luftpolizei soll die Schleife in eine solche mit kleinerem Radius umgebaut werden. (Ob man dies nicht von vornherein richtig machen konnte? Dann wären die 39 000 Mark, die die Umlegung kostet, erspart.)

Die restlichen Summen sollen zu folgenden Arbeiten verwendet werden: Umbau der Gleise an der Erlöserkirche (91 000 Mark), Einbau einer doppelgleisigen Abzweigung Bohrauer Ecke Steinstraße (14 000 Mark), Einbau von Schienen in der Trebnitzer Straße zwischen Trebnitzer Platz und Kletschkau-Straße (54 000 Mark), Einbau von Schienen auf der Hundsfelder Kanalbrücke (5700 Mark).

Wer informiert die Sensationspresse?

Polizeipräsident Kleibömer hat der „Volkswacht" mitgeteilt, daß der Bericht des Wolffschen Telegraphenbüros nicht von der Polizei stammt. Er habe den Vorgängen in der Silvesternacht keine besondere Bedeutung beigemessen.

Wir fragen: Ist es der kriminalistischen Tüchtigkeit der Leiter der Breslauer Polizei immer noch nicht gelungen, das eigene Haus dicht zu machen und diejenigen Beamten zu ermitteln, die fortgesetzt falsche Nachrichten an die Sensationspresse liefern, so wie es auch bei zahlreichen Kriminalfällen war? Was gedenkt Herr Kleibömer gegen die Beamten zu tun, deren Namen wir genannt und deren Taten gegenüber Arbeitern und Arbeiterfrauen wir geschildert haben?

Der „Todesschläfer" eingegraben!

In der Jahrhunderthalle fand gestern 20 Uhr das Begräbnis des Fakirs statt, der nunmehr fünf Tage lang in seinem Sarge 1,50 Meter tief unter der Erde liegen wird. Sein Manager erklärte den Zuschauern, daß dieses Experiment auf Selbsthypnose zurückzuführen sei. Dann verlas er das Zeugnis der ärztlichen Untersuchung: Gewicht 102 Kilogramm usw. Nun erschien der Fakir (natürlich in orientalischer Kleidung). Er hat einen stattlichen Bauch. Nach wenigen Augenblicken fiel er steif in die Arme seiner Begleiter, die ihn in den Sarg legten, der mit einem Glasdeckel fest verschlossen, mit Bändern umschnürt und versiegelt wurde. Der Sarg steht nunmehr im Grabe, das mit Erde hoch bedeckt ist. Damit man aber den Fakir in seinem hypnotischen Schlafe beobachten kann, ist im Sarge elektrisches Licht angebracht, und über dem Kopfe befindet sich ein Kasten, der aus dem Grabe herausragt und mit einer Glasscheibe abschließt. Zur Sicherheit ist außerdem im Sarge ein Druckknopf angebracht, durch den eine elektrische Glocke in Bewegung gesetzt werden kann, falls der Fakir eher erwachen sollte. So kann der im Grabe schlafende Fakir jetzt Tag und Nacht besichtigt werden. Das Experiment soll ärztlich geprüft und behördlich überwacht werden.

Frau Justitia sucht neue Diener

In den letzten Tagen wurden verschiedene Aenderungen bei den hiesigen Gerichten vorgenommen und neue Untersuchungsrichter ernannt. Landgerichtsrat Franz, der Untersuchungsrichter beim Breslauer Landgericht war, und der u. a. durch den Mordprozeß Rosen, den er als Untersuchungsrichter geführt hat, bekannt wurde, ist nunmehr Vorsitzender der zweiten Kleinen Strafkammer, die bisher von Landgerichtsrat Nape geführt wurde. An Stelle des Landgerichtsrats Franz ist Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Dr. Sperlich getreten, Landgerichtsrat Fränkel, der bisher ebenfalls als Untersuchungsrichter fungierte (u. a. in der Betrugssache gegen Appelt und Ninnemann), ist einer Zivilkammer überwiesen worden. An seiner Stelle ist Landgerichtsrat Otto getreten.

Der Königsplatz soll umgebaut werden

Infolge der starken Zunahme des Fuhrwerks- wie des Straßenbahnverkehrs am Königsplatz beabsichtigt der Magistrat, diesen Platz anders aufzuteilen sowie das über ihn führende Straßenbahnnetz umzubauen, damit es dem dort herrschenden Verkehr gewachsen ist. Der Polizeipräsident bringt dies Vorhaben zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerken, daß der Plan über die Umgestaltung des Platzes vom 10. d. M. ab auf die Dauer von 14 Tagen im Zimmer 301 des Polizeipräsidiums (Neubau), Museumstraße 2/4, zu jedermanns Einsicht offen ausliegt. Während dieser Zeit können dort Einwendungen schriftlich erhoben werden.

4000 Mark Geldstrafe für eine zurückgenommene Aussperrung

Breslau, 10. Januar.

Eine Breslauer Firma, die für ihre Detailgeschäfte Zigarren herstellt, hatte während der Aussperrung ihre Arbeiterinnen weiterbeschäftigt und die Forderungen des Tabakarbeiter-Verbandes bewilligt. Vor einiger Zeit erhielt sie nun vom Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller folgendes Schreiben:

Wir sind beauftragt, Ihnen im Namen des Vorstandes folgendes mitzuteilen:

Sie haben im Gegensatz zu den für Sie satzungsgemäß bindenden Beschlüssen am Donnerstag, dem 17. November, Ihren Betrieb wieder eröffnet. Sie haben darüber hinaus sogar eine Lohnerhöhung von 15 Prozent bewilligt und durch diese Maßnahme die Gesamtinteressen der Zigarrenindustrie auf das schwerste geschädigt. Zur Erklärung Ihres Verhaltens führten Sie an, daß Sie durch Boykott-Bestrebungen gegen Ihre Detailgeschäfte dazu genötigt worden seien. Der Vorstand kann hierin eine Entschuldigung nicht sehen, um so weniger, als die Arbeitnehmer versucht haben, gegen alle RDZ.-Mitglieder, die gleichzeitig Detailgeschäfte haben, durch Plakate und Flugblätter Propaganda zu machen. Diese Firmen haben, wie es auch Ihre selbstverständliche Pflicht war, sich dadurch in keiner Weise beeinflussen lassen, die bindenden Beschlüsse nicht durchzuführen.

Aus den angeführten Gründen hat der Vorstand Sie gemäß § 17 der Satzungen in eine Strafe in Höhe von 4000 (Viertausend) Reichsmark genommen.

Wir bitten Sie, diesen Betrag auf das Postscheckkonto der Hauptrechnungsstelle Hamburg Nr. 667 40, Schatzmeister Karl Weggerow, Hamburg 6, zu überweisen.

Weil die auf Arbeiterkundschaft angewiesene kleine Firma die Forderungen des Verbandes bewilligt und damit bewiesen hat, daß die Redensart von der Untragbarkeit der „hohen Arbeiterlöhne" eitel Lüge und Heuchelei ist, soll sie wegen Schädigung der Profitinteressen der großen Fabrikanten 4000 Mark in die Kriegskasse des Unternehmerverbandes zahlen. Der kleine Fabrikant wird vor die Wahl gestellt: entweder mit den Unternehmern gegen die Arbeiterschaft zu kämpfen — und auf seine Arbeiterkundschaft zu verzichten — oder durch Geldstrafen und Boykott erdrosselt zu werden. Erpressermethoden, gegen die kein Staatsanwalt einschreitet, weil sie der Unternehmermoral, ihrem starken Klassenbewußtsein und ihrer rücksichtslosen Brutalität entsprechen. Kampf bis zur Vernichtung führen die Unternehmer gegen die Mitglieder ihres Verbandes, die außer der Reihe tanzen, sie schreien aber Zeter und Mordio, wenn die organisierten Arbeiter sich weigern, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten.

Dieser Brief zeigt auch den indifferenten Arbeitern und Arbeiterinnen, daß den Unternehmern mit Entgegenkommen, Verhandlungen usw. nicht beizukommen ist. Nur eine vom Klassenkampfwillen getragene, zahlenmäßig starke Organisation ist in der Lage, erfolgreich den Kampf gegen die Scharfmacherverbände und ihre Kriegskassen zu führen.

Achtung! L-L-L-Feier!

Heute Dienstag, „Stadt Leipzig", Ursulinerstraße
gegenüber dem Polizeipräsidium

Probe!

1/2 8 Uhr: Bild 19 — 8 Uhr: Bild 3 — 1/2 9 Uhr: Bild 2 und 4 — 9 Uhr: Bild 6, 16, 18 und 21 — 10 Uhr: Bild 11 und 13

Razzia in der Krull- und Antonienstraße. Eine Razzia in der Krullstraße wurde am Montag in den frühen Morgenstunden vorgenommen. Unter den Sistierten befindet sich ein wegen Einbruchs steckbrieflich seit 1921 Verfolgter. Um 7 Uhr wurden die Gasthöfe und Hotels in der Antonienstraße einer kriminalpolizeilichen Prüfung unterzogen.

Ein Schüler vermißt. Vermißt wird seit dem 6. Januar der Schüler Konrad Pohl, geboren am 27. Juli 1911 zu Breslau, daselbst Matthiasstraße 97 bei den Eltern wohnhaft gewesen. Er ist 1,78 Meter groß, kräftig, hat blondes Haar, volles Gesicht, blaue Augen, etwas abstehende Ohren, vollständige Zähne, ovales Kinn und aufrechte Körperhaltung. Bekleidung: Weicher, grauer Hut mit Steppnähten, grauschwarzer Flauschmantel, schwarzer Anzug mit weißen Streifen, buntgestreiftes Sporthemd, hellgraue Socken mit Streifen, Wäsche gezeichnet K. P., schwarze Schuhe gez. K. Pohl. Pohl hat einen Filmapparat bei sich. Er entfernte sich gegen 15 Uhr von Hause, um sich nach einem Photogeschäft in der Albrechtstraße zu begeben, wo er aber nicht eingetroffen ist. Es wird Unglücksfall vermutet. Für die Ermittelung des Pohl ist durch den Vater eine Belohnung von 1000 RM. ausgesetzt worden. Nachrichten über den Verbleib des Vermißten erbittet die Kriminalpolizei Breslau, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11.

Vom Kraftwagen überfahren wurde der Bauarbeiter Dombrowski in der Friedrich-Wilhelm-Straße. Er wurde von dem Kotflügel des Wagens erfaßt und so heftig zu Boden geschleudert, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt und ins Allerheiligenhospital gebracht wurde.

Beim Aufspringen auf einen fahrenden Straßenbahnwagen verunglückt ist am Freitag gegen 8 Uhr an der Universitätsbrücke eine Hausangestellte aus Hünern. Sie geriet unter den Anhängewagen und erlitt hierbei mehrere Verletzungen. Sie wurde von Zivilisten aus ihrer gefährlichen Lage befreit und in das Allerheiligenhospital eingeliefert.

Schlaganfall auf der Straße. Vom Schlage gerührt wurde am Sonnabend gegen 22 Uhr ein früherer Oberinspektor vor dem Grundstück Ohlauer Straße 45.

Zugverspätung durch Schneetreiben. Die Pressestelle der Reichsbahn-Direktion Breslau teilt mit: Durch den orkanartigen Sturm mit Schneetreiben in der Nacht vom 6. zum 7. und in den Morgenstunden des 7. Januars traten auf der elektrisch betriebenen Strecke Königszelt—Hirschberg Störungen im Personenzugdienst ein, eine Reihe von Personenzügen erlitt dadurch Verspätungen.

Neue Titel. Als „Ausgleich" der miserablen Gehälter führt „Vater Staat" von Zeit zu Zeit neue Titel ein. So ist der Titel „Gerichtsschreiber" nunmehr aus allen deutschen und preußischen Gesetzen ausgemerzt worden. Seit 1. Januar 1928 gibt es nur noch eine „Geschäftsstelle" des Gerichts und einen „Urkundsbeamten". Hoffentlich werden die neuen „Urkundsbeamten" jetzt etwas netter als früher, da sie „Gerichtsschreiber" waren.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau.
— Stadtverordnete. Mittwoch 15,30 Uhr Ring 7.
— Stadtteil III (West). Dienstag, 20 Uhr, Funktionär-Konferenz bei Hubka, Steinstraße.
— Gewerkschafts-Funktionäre! Mittwoch, 19,30 Uhr, Sitzung der Gewerkschaftsabteilung unter Hinzuziehung der Industriegruppenleiter.

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau.
— Süd-Zentrum. Mittwoch 20 Uhr Heimabend, Gaststätte „Aschersberger", Sonnenstr. 33.
— Nord. Mittwoch 20 Uhr Heimabend in Pestalozzischule, Michaelisstraße. Mitgliedsbuch mitbringen. Referent anwesend.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.
— Führertagung des Kreises Breslau. Donnerstag, 19,30 Uhr, im „Lessing", Adalbertstraße.
— Abt. III. Mittwoch, 19,30 Uhr, Lichtbildervortrag in „Stadt Namslau". Frauen bitte mitbringen!
— RFMB. Abt. 2. Dienstag 20 Uhr Versammlung bei Ueberschär.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Bielwald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Fritz Jendrosch, MdL., Gleiwitz. Für Inserate W. Gerber, Breslau.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonntag, den 8. 1. bis Sonnabend, den 14. 1. täglich 20 Uhr
Fünf von der Jazzband

Thalia-Theater
Von Sonntag, 8. 1., bis Sonnbd., 14. 1. tägl. 20 Uhr
„Zinsen"

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Spielplan vom 9. bis 15. Januar 1928
Montag, 20 Uhr
Der fliegende Holländer
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie F 10
Der Liebestrank
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 10
Hoffmanns Erzählungen
Donnerstag, 18.30 Uhr
Die Meistersinger von Nürnberg
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 10
Der verkaufte Braut
Sonnabend, 20 Uhr
Die Prinzessin von Trapezunt
Sonntag, 15.30 Uhr
Nachmittag-Vorstellung
zu ermäßigten Preisen
Der Liebestrank
Sonntag, 20 Uhr
Der Troubadour

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Stephan 36 800
Täglich 20 Uhr
Eine Frau von Format

Circus Busch Schau-Arena
Ab 1. Januar, 8 1/4 Uhr:
Internationaler
Ringer-Wettstreit
um den Gold-Pokal von Breslau.
Kampfleiter: C. Jaenecke.
Zugelassene Ringer:
Steuers, Ex-Weltmeister.
Kawan, Ex-Weltmeister.
Holuban :: Stange
Huhtanen Ringer-Phänomen
Maros van Riel, Holland, Champion
Küpper, Rheinischer Herkules.
Grool, Holland. Brylla, Bresl.
Bierholz, Mecklenburg.
Spevacek, Jugoslavien.
Misch, Polen.
Prochaska, Tschechoslowakei.
Meyerhans, Dortmund.
Ahrens, Rheinland.
Badrus, Ostpreußen.
Vögelmann, Bayern.
Vor den Kämpfen Varieté-Teil.

Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter und Roßhaare sehr billig. Watteline Meter 2 Mk., Garn 1000 Meter 25—80 Pf., Mako-Schnürsenkel 100 Paar 2.— bis 8.— Mk., Knöpfe Dtz. 3 bis 10 Pf., Kernseife Riegel 18 Pf., 1 Dose Erdal 15—90 Pf.
Alles prima Ware
Detail und Engros
Bertold Lippert
Breslau
Heinrichstraße 18,
Filiale: Oberstr. 17
Weißgerbergasse 43

Beuthen

Metallbetten
Auflegematratzen aus eigener Werkstatt
Koppel & Taterka, Hindenburg
Kronprinzenstraße 127 — Telephon 8190
Beuthen, Piekarer Straße 23
Telephon 2048, 2049

Waldenburger Bergland

Groß-Waldenburg

Die Grubenbesitzer lehnen ab

In der Gehaltsstreitsache zwischen den niederschlesischen Bergbauangestellten und den Unternehmern war ein Schiedsspruch gefällt worden, den die Unternehmer jetzt abgelehnt haben. Die Angestelltenorganisationen haben die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Aus der Haltung der Grubenbesitzer müssen die Angestellten die Lehre ziehen, daß sie nicht besser als die Arbeiter behandelt werden und sich deshalb bei der täglichen Berufsarbeit mehr auf die Seite der Arbeiter stellen.

Funktionäre des UV. Waldenburg, wichtig!

Am Sonntag, dem 15. Januar, um 14 Uhr, findet im „Deutschen Haus" in Weißstein eine außerordentlich wichtige

Funktionärkonferenz des Unterbezirks

statt. Alle kommunistischen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre sowie RFB.-Funktionäre werden ersucht, unbedingt zu dieser Konferenz zu erscheinen. Thema: „Das soziale Wahljahr und die Aufgaben der Kommunisten im Betrieb."

Der Parteikursus in Altwasser findet am Mittwoch um 18,30 Uhr bei Timmermann, Breslauer Straße 42, statt.

Der Niederschlesische Provinzialverein zur Bekämpfung der Tuberkulose, Ortsausschuß Weißstein, hält am Montag, dem 16. Januar 1928, 19,30 Uhr in den Räumen der Lungenfürsorgestelle Weißstein, Sandstraße 6, eine **Generalversammlung** ab. Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen gebeten. Alles Nähere ist durch Aushang bekanntgemacht.

Hindenburg als Taufpate. Papa Hindenburg hat auch die Weißsteiner Bürger als Taufpate beglückt. Zwar hielt es der Bergbauer Paul Baensch, Siedlungsring 1, für eine Ehre, bei seinem siebenten Kinde ihn als Taufpate anzuflehen. Außer den formalen Glückwünschen blieb jedoch das Patengeld weg, was er wohl notwendiger brauchte als die Glückwünsche. Es ist bewundernswert, daß es noch Arbeiter gibt, die solchen Herren gern unter die Flügel kriechen.

Gestohlen wurde dem Schlepper Gansler in der Grube aus seiner Jacke die Taschenuhr. Jedoch sollte sich der Dieb nicht lange seiner Beute erfreuen. Er konnte in dem Schlepper Wilhelm Sch. aus Altwasser ermittelt werden.

Polizeiberichte von Weißstein. Für den Monat Dezember hat die Weißsteiner Polizei folgende Uebertretungen gemeldet: Ruhestörung und grober Unfug 6, Ueberschreitung der Polizeistunde 2, Verkauf von Alkohol ohne Erlaubnis 3, Betteln und Landstreichen 1, Tierquälerei 1, Ausübung des Gewerbes ohne Wandergewerbeschein 1, Befahren verbotener Wege 1, Fahren ohne Licht mit einem Fahrrad 2, Befahren der Einbahnstraße in verbotener Richtung 5.

Ober-Salzbrunn. Ein rabiater Hausbesitzer. Uns wird geschrieben: Ein besonders rabiater Hausbesitzer scheint der Handelsmann Oppelt zu sein. Am 29. Oktober vergangenen Jahres hat er die Tochter des Mieters Friedrich derart auf den Hinterkopf geschlagen, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der Mieter erstattete gegen den Hausbesitzer Anzeige. Trotzdem hat dieser am 18. Dezember einen anderen Mieter namens Paul Wolff geschlagen und ihm blutende Verletzungen beigebracht. Wir sind gespannt, wie lange noch die Ortspolizei dem Treiben des Hausbesitzers Oppelt tatenlos zusehen wird.

Oberes Revier

Zunehmende Auswanderung nach Westfalen. Die „SPK." meldet: „Nachdem durch die Kündigung der Angestellten und Beamten der Viktorgrube mit der Stillegung des genannten Werkes zu rechnen ist, haben einzelne Angestellte, vor allem aber Bergarbeiter, den Staub des Niederschlesischen Reviers von den Füßen geschüttelt und sind nach Westfalen ausgewandert, wo sie sofort ein Unterkommen fanden. Weitere Auswanderungen stehen bevor."

Auswanderung ist nicht das richtige Mittel, mit dem den Waldenburger Bergarbeitern geholfen werden kann. Dableiben und für auskömmliche Löhne kämpfen ist richtiger. Will man das, so darf man allerdings nicht alle Hoffnungen auf die reformistische Führung des BAV. setzen, sondern man muß sich der Opposition anschließen.

Langwaltersdorf. Der gute Anfang des Wahljahres 1928. Ein Knappschaftsinvalide schreibt uns: Daß die Langwaltersdorfer Invaliden das Gegenteil spüren, zeigt die Tatsache, daß die Renten am 6. Januar noch nicht im Besitz der Invaliden waren. Nach Erkundigungen beim Postamt soll die Rente erst nächste Woche zur Auszahlung gelangen, da die Post noch keine Anweisung von der Knappschaftskasse besitzt. Bekanntlich soll das Geld spätestens am 7. jeden Monats in Händen der Invaliden sein. Wir sind durch das „Fest der Liebe" mit unseren Ausgaben etwas hinten heruntergerutscht, so daß wir mit unseren Familien mit hungrigem Magen ins Jahr 1928 hinübergehen. Wir fordern von der Knappschaft, daß die Rente bis zum 3. jeden Monats an die Invaliden ausgezahlt wird.

Schweidnitz

* **Ein schauerliches Unglück** ereignete sich auf dem Schweidnitzer Hauptbahnhof. Die Frau des Fabrikschlossers Reiprich aus Königszelt weilte in Schweidnitz zu Besuch und wollte mit dem Abendzug nach Königszelt zurückfahren. Aus Versehen bestieg sie den Zug, der in der Richtung Charlottenbrunn fährt. Erst als sich der Zug in Bewegung befand, bemerkte sie ihren Irrtum und sprang ab. Kaum berührte sie mit den Füßen den Boden, da schlug sie mit dem Kopf gegen das Trittbrett des Eisenbahnwagens, so daß sie einen Schädelbruch erlitt und der Tod auf der Stelle eintrat.

* **Saarau.** Einer, der Dumme sucht. Ein Mann namens Amann, der angeblich für eine Firma Poetters u. Schäfer in Barmen reist und Fahrräder, Waschmaschinen, Rasierapparate zum Kauf anbietet, treibt in der hiesigen Gegend sein Unwesen. Vor allem kommt es ihm auf eine hohe Anzahlung für die bestellten Gegenstände und wenn möglich auf die volle Bezahlung an, um dann mit dem Gelde auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden. Schon eine ganze Reihe von Personen sind geschädigt worden und eine Nachfrage in Barmen ergab, daß die oben bezeichnete Firma die von A. angebotenen Gegenstände gar nicht herstellt und mit Amann gar nichts zu tun hat. Es handelt sich also um einen Schwindler, vor dem gewarnt wird.

Striegau

SAJ.-Ferienheim niedergebrannt. Am Sonntagabend ging das Ferienheim der schlesischen SAJ. in Flammen auf. Das Feuer brach in der 20. Stunde aus und verbreitete sich infolge des starken Windes sehr rasch. Nur das Erdgeschoß konnte gerettet werden. Der Schaden wird auf 50 000 Mark geschätzt.

* **Eine Minute vor zwölf.** Auf dem Wege von Puschkau nach Lussus verfehlte der Kutscher im dichten Nebel den Weg und landete sein Gespann auf dem zugefrorenen Dorfteich. Im letzten Augenblick entdeckten die Mitfahrer doch die gefährliche Situation, sprangen vom Wagen und kamen gerade auf das Land, als die Eisdecke nachgab und Pferd und Wagen einsanken.

Landeshut

Der Sozialdemokrat Vogel spricht. Am Donnerstag, dem 12. 1., spricht im Gasthaus „Zum Schützenhaus" Genosse Vogel (SPD.) in einer öffentlichen Versammlung der Roten Hilfe über das Thema: „Was sagen die Sozialdemokraten in den russischen Gefängnissen?" Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen und holt euch Aufklärung über Sowjetrußland!

Wie mit Notstandsarbeitern umgesprungen wird. Ein Notstandsarbeiter schreibt uns: Fröhliche Weihnachten und Neujahr konnten sich die Notstandsarbeiter von Liebersdorf Kreis Landeshut nicht leisten. Hatten wir doch am 19. Dezember eine furchtbar strenge Kälte, so daß es tatsächlich nicht zum arbeiten ging, aber das störte den Herrn Schachtmeister Blümel nicht, als es ihm gesagt wurde, daß es doch nicht zum arbeiten ginge, zu antworten: „Beim Arbeiten ist noch niemand erfroren!" Trotzdem bereits vor ungefähr vierzehn Tagen wegen dem bißchen Schnee schon aufgehört werden sollte. Ein Teil der Notstandsarbeiter muß um 5 Uhr früh schon von zu Hause weggehen und von Rothenbach anderthalb Stunden laufen, um dann den ganzen Tag von dem gefrorenen Brot und Kaffee zu leben. Den Kaffee muß man bei fremden Leuten wärmen lassen, weil in der Bude kein Ofen vorhanden ist. Trotz aller Vorstellungen werden uns die Papiere ausgehändigt und mit dem Vermerk versehen: **„Selbst aufgehört wegen zu starkem Frost."** Die Folge dieses Vermerkes war, daß wir keine Unterstützung erhielten. Wir protestieren entschieden gegen diese Ungerechtigkeit und raten dem Unternehmer Stock, einen Ofen in der Baubude aufzustellen.

Liebau. RFB.-Nachrichten. Am 18. Januar veranstaltet der RFB. im „Braunen Hirsch" abends 8 Uhr einen Lichtbilderabend in Form einer Generalversammlung. Geboten wird der Film: „Waffen des Zukunftskrieges und die Rote Armee." Die übrige Tagesordnung lautet: 1. Gedanken der gefallenen Januarkämpfer. Spiel des Trauermarsches durch die RFB.-Kapelle. 2. Wahl sämtlicher Funktionäre. 3. Lichtbildervortrag. Wir machen nochmals alle Kameraden darauf aufmerksam, die im Besitz von Eintrittskarten sind, daß diese in der Mitgliedschaft und im Bekanntenkreise umgesetzt werden. Alle Freunde des RFB. und alle Zeitungsleser laden wir nochmals freundlichst ein. Unkostenbeitrag 10 Pfg. Alle verkauften Karten werden vor Beginn abgerechnet. — Zur Teilnahme am Reichstreffen resp. zur Sparkampagne haben sich bis jetzt 15 Kameraden gemeldet. Wer meldet sich noch? — Es stehen noch einige Antikriegsmarken bei den Unterkassierern. Diese müssen unbedingt verkauft werden, sonst müssen sie von der Ortsgruppe bezahlt werden. — Das dritte Stiftungsfest brachte uns einen finanziellen Erfolg. Drei neue Kameraden konnten aufgenommen werden. Etwas Neues für Liebau war es, daß außer dem sonst üblichen Glockengeläute der Kirchen diesmal das neue Jahr mit den flotten proletarischen Märschen der RFB.-Kapelle unter der bewährten Leitung unseres Kapellmeisters auf dem Marktplatz eingeleitet wurde.

Niederschlesien

Görlitz

Pleite.

Seit Montag, den 2. Januar, hat das sattsam bekannte Café „Fledermaus" die Tore zugemacht. Ein Schild an der Türe sagt den Vorübergehenden, daß wegen „Heizungsreparaturen" geschlossen ist. Doch dies war nur Vorspiegelung, denn es wurde schnell bekannt, daß die „Fledermaus"-Gesellschaft pleitegemacht hat. Daß dieses Café auf sehr schlechten Füßen stand, trotzdem es das Lokal der sogenannten „besseren", d. h. zahlungsfähigen, Gesellschaft war, zeigten die Besitzwechsel vom letzten halben Jahre. Alle Ausbeutungsmethoden, unter denen besonders das Personal zu leiden hatte, nützten nichts, um das bankerotte Unternehmen zu retten. Wir hatten des öfteren Gelegenheit, die sonderbaren Schröpfungen besonders der Garderoben- und Toilettenfrauen zu berichten, wonach diese jeden Tag einen bestimmten Betrag an Pacht an den jeweiligen Besitzer abgeben mußten, ganz gleich, ob sie etwas eingenommen hatten oder nicht. Selbst der Verkauf von Schwämmchen und Präservatives, der ebenfalls unter einem Pächter vorgenommen wurde, hatte den erwünschten Erfolg nicht. Allem Anschein nach kommen die Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen des Unternehmens außer ihrer Arbeit noch um den Verdienst, denn wie verlautet, betragen die Schulden 80 000 Mark. Wie das Amtsgericht mitteilt, ist am 4. Januar das Konkursverfahren über das Café und Restaurant „Fledermaus"-Gesellschaft eröffnet worden, da die Gesellschaft zahlungsunfähig ist. Konkursforderungen sind bis zum 4. Februar an den Konkursverwalter Jancovius einzureichen.

Schlechte Witze. Einen geradezu unsinnigen „Witz" mit Bild leistete sich der „Textilarbeiter", Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, in Nr. 1. Auf diesem Bilde ist dargestellt, wie einem Arbeiter von einem auf einem Gerüst befindlichen Maurer ein Ziegel auf den Kopf geworfen wird, mit der Ueberschrift „Lustiges", und darunter steht geistreich zu lesen: „Nix vor ungut, Ede, hoffentlich haste dir nicht uf de Zunge gebissen!" Wie geistig dürftig mag der „Autor" dieses Witzes sein, wenn er einen Vorfall, der einen Arbeiter gesundheitlich schwer schädigen kann, zum Anlaß eines „Witzes" nehmen muß. Es scheint, als ob sich in dieser Zeitung neben „Kommunistenfressern" neuerdings auch Schwachsinnige und Zyniker austoben dürfen.

Herzliches Beileid. Um den schlechten Versammlungsbesuch zu heben, werden neuerdings vom Textilarbeiterverband Görlitz die Versammlungen mit Musikvorträgen und anschließendem Tanzkränzchen den Mitgliedern schmackhaft gemacht. Besser wäre freilich, wenn Herr Matthies sich gegen die oppositionellen Kollegen etwas mäßigen würde, denn er trägt zweifellos die Hauptschuld daran, daß die Kollegen von seiner gehässigen Art, Andersdenkende zu behandeln, angewidert der Versammlung fernbleiben. Dies steht fest und darüber helfen keine Tanzkränzchen und solche „Witze", wie oben geschildert, hinweg.

1455 Arbeitslose im Landkreise. Vom Arbeitsamt des Landkreises wird geschrieben: Die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes hat sich weiter wesentlich verschlechtert. Die Arbeitslosenziffer betrug am Tage des Vorjahres 1182 und hat heute einen Stand von 1455 erreicht. In der Industrie der Steine und Erden sind wesentliche Veränderungen nicht zu verzeichnen. Vereinzelt kam es noch zu Entlassungen. Die Beschäftigungslage in der Glasindustrie ist befriedigend. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe herrscht eine ruhige Lage, trotzdem es vereinzelt auch zu Entlassungen kam. In der Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe sind die Beschäftigungsverhältnisse etwas abflauend, was wohl auf die Beendigung der Weihnachtsgeschäfte zurückzuführen ist. Im Verkehrsgewerbe weiterer Rückgang des Beschäftigungsgrades mit Rücksicht auf das anhaltende Frostwetter. In der Landwirtschaft besteht noch Nachfrage nach ledigen männlichen und weiblichen Kräften. Vereinzelt wurden auch Deputatfamilien und Vögte angefordert, die meistens gestellt werden konnten. Gärtnereien und Forstwirtschaften weisen eine ruhige Beschäftigungslage auf.

Knüppel-Kunze in Görlitz. Die Abstände, in denen dieser Judenfresser hier seine Gastspiele zu geben pflegt, werden immer kürzer, immer öfter kommt er nach Görlitz, um vor deutschen Männern seine Stimme ertönen zu lassen. Daß er an einem chronischen Judenkoller leidet, ist allbekannt, ebenso bekannt ist bei guten Deutschen sein Ruf als Ausschreier und Humorist, und diesem Zustande sind wohl auch seine gutbesuchten Versammlungen zu verdanken. Der Hauptspaß des Abends war wohl das Zwiegespräch zwischen Kunze und einigen SPD.-Leuten. In der Tat, es ist armselig, zu sehen, wie einige SPD.-Leute sich in den gegnerischen Versammlungen herumquälen, um zu retten, was zu retten ist, während die Herren Parteisekretäre irgendwo anders sitzen und „praktische" Arbeit leisten. Zum Schluß verstand es Kunze meisterhaft, für „seine Partei" (lies Bäckerdutzend) zu schnorren und kündigte für die kommenden Wahlen die Listenverbindung zwischen Nazis und Neudeutschsozialen an. Auch war sein früherer Parteifreund, der „schöne Konrad", nicht mehr der echte deutsche Mann, da er was unterschrieben habe, um es nicht zu halten, und ihn treulos verlassen hatte. Zum Schluß träumte er noch etwas von einem „Reichstagsmandat". Es sei noch bemerkt, daß so gut wie keine Arbeiter anwesend waren. E. J.

Rußland-Bericht in Niesky. Zweiter Punkt der Metallarbeiterversammlung (siehe Gewerkschaftsteil) war der Bericht des sozialdemokratischen Kollegen G. Andrick-Görlitz über seine Eindrücke in Sowjetrußland. Vor der Versammlung stellte er an den Verbandskassierer die Frage: Warum ist denn in der „Görlitzer Volkszeitung" im Versammlungskalender keine Notiz über die Versammlung erfolgt? Er bekam keine Antwort. Kollege Andrick führte zu Anfang aus, er spreche nicht in „kommunistischer Sache". Er schilderte, wie die Delegation zusammenkam, die Zusammensetzung, in der Ueberzahl Sozialdemokraten, die Fahrt, Leningrad usw., die großartige Begrüßung durch die Arbeiter Rußlands. Einzig sei das Verhältnis der Roten Armee, zwischen Offizier, Mannschaft und Bevölkerung. Diese Armee könne den imperialistischen Staaten einmal sehr gefährlich werden. Auf sozialem Gebiet ist Sowjetrußland allen anderen Staaten weit voraus. Der Achtstundentag stehe hier nicht nur auf dem Papier wie in Deutschland. Der sozialdemokratische Aufstand in Georgien war durch England wegen der Petroleumfelder angezettelt worden. Ueber Wohnungsnot und Erwerbslosenproblem berichtete er im Gegensatz zu den Ausführungen seiner eigenen Presse. Die russische „Fürstenabfindung" habe mit der Enteignung die besten Arbeitersanatorien geschaffen. In der Diskussion trat Genosse Geldner für denselben Weg ein, den die russischen Proletarier gegangen sind. Er griff die Gewerkschaftsreformisten an und forderte die Kollegen zu politischem Denken und Handeln auf. Genosse Schubert riß von dem Gesicht der Demokratie in treffenden Ausführungen die Maske herunter. Wirkliche Demokratie herrscht in Rußland.

Die Genossen Ey und Jäkel zeigten treffend die „Arbeiter"-Rolle der SPD. gegenüber Rußland und in der deutschen Republik auf. Die Kollegen der SPD. stellten einige Verlegenheitsfragen und waren nicht wenig erstaunt, von Kollegen Andrick im Schlußwort ei neue Ohrfeige zu erhalten. Selbst der Bevollmächtigte, Kollege Schubert, bekam ein verdutztes Gesicht, da er sich sagen lassen mußte, daß das Lebensniveau der Arbeiter in Rußland höher steht und sie (die SPD.) endlich mithelfen soll, den Grundanfang zur proletarischen Solidarität, zum Klassenkampf und zum wirklichen Sozialismus zu legen. Solle die eigene Partei erst mal ihre Schuldlüge entfernen, so wie es die KPD. getan hat, dann werden wir uns eine sozialistische deutsche Republik schaffen können. Kollege Andrick hatte sehr sachlich gesprochen. Einige SPD.-Funktionäre wetterten auf dem Heimwege über ihn. Ja, wir glauben, daß ihnen der Leib zitterte! Es war eben kein — Artur Koch aus Miesbach.

Rußlandbericht eines Sozialdemokraten in Greiffenberg. Heute Dienstag 19,30 Uhr findet im „Schwarzen Adler" eine öffentliche Versammlung der Roten Hilfe statt. Referent ist Genosse Vogel (SPD.), Rußlanddelegierter. Thema: 1. Wie leben die Arbeiter in Rußland? 2. Was sagen die Menschewiki in den russischen Gefängnissen?

Tot im Bett aufgefunden. Der 20jährige Wirtschaftsgehilfe Hans Peuker des Gutsbesitzers Jander in Kniegnitz wurde am Freitagmorgen tot im Bett aufgefunden. Wahrscheinlich ist er einer Kohlenoxydgasvergiftung zum Opfer gefallen.

Grausiger Mord bei Steinau a. d. O.

In der Nähe der Station Kunzendorf wurden vor mehreren Tagen in der Länge von mehreren Kilometern verstreut Damenkleidungsstücke, Wäsche, Schuhe, auch ein roter Lackgürtel gefunden. Kinder und Erwachsene brachten sie in die Ortschaften Kunzendorf und Pronzendorf. Obwohl sofort ein eifriges Suchen nach der Inhaberin der Gegenstände einsetzte, konnte erst nach mehreren Tagen von Eisarbeitern in einem von der Eisenbahnstrecke entfernt liegenden Wasserloch, dem sogenannten Christkindl-Loch, eine unbekleidete Mädchenleiche gefunden werden. Der Leiche fehlte der Kopf und ein Arm. Es wird vermutet, daß die Tat am Wasserloch geschehen ist und nur, um der Spur eine andere Richtung zu geben, die Kleidungsstücke am Bahndamm verstreut wurden.

Goldberg-Haynau

Zeitungsverkauf wird bestraft. Am 9. Oktober v. J. veranstalteten wir unsere Fahnenweihe, wobei auch unser Bundesorgan, die „Rote Front", vertrieben wurde. Die Polizei verbot uns den Vertrieb, worauf ihn die Kameraden einstellten. Trotzdem wurde Anzeige erstattet und am 5. Januar bekam einer der aufgeschriebenen Kameraden die gute Botschaft, daß er 15 Mark „Strafe" bezahlen soll. Natürlich wird unser Kamerad Einspruch erheben, denn Arbeitergelder sind nicht dazu da, daß sie dem Staat in den Rachen geworfen werden.

Liegnitz

Revolution in Parchwitz. Gottes und der Justiz Mühlen mahlen langsam, aber nicht gut. Ein Vorfall vom 4. April war Gegenstand einer Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht. Drei RFB.-Kameraden und zwei Sympathisierende kehrten in das Lokal „Hoffnung" ein, in dem ein Tanzvergnügen stattfand. Dort wurden sie von Stahlhelmmitgliedern provoziert. Es sind Worte gefallen wie: Rotes Gesindel und rote Lumpen. Daß unsere Kameraden sich für solche Schmeicheleien schlagkräftig bedankten, wird niemanden wundern. Die Aussagen der zehn Zeugen lösten im Zuhörerraum oft Heiterkeit aus. Der Hilfswachtmeister hat Schläge bekommen, von wem — Fragezeichen, jedoch von den Angeklagten nicht. Ein Hotelbesitzer, dessen Frau unsere Kameraden bat, ihn zu „schonen", da er betrunken sei, sagte aus, daß er nie trinke! Die Verhandlung ergab, daß der Stahlhelm, trotzdem er in der Uebermacht war, sich durch große Feigheit ausgezeichnet hatte. Ein Herr verschwieg wohlweislich vor Gericht, daß er unsere Rosa Luxemburg schwer beleidigt hatte. Die Anklagerede des Staatsanwalts war tränenrührend. Aufruhr, Landfriedensbruch, Zusammenrottung, Rädelsführerschaft usw. Er beantragte gegen zwei Kameraden je acht Monate und gegen die anderen je sechs Monate Gefängnis. In dem Urteil des Gerichts und dessen Begründung hörten wir, daß alle Angeklagten wegen Aufruhr nicht zu bestrafen waren, nur die ersten beiden wurden wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu vier bzw. drei Monaten Gefängnis (!) verurteilt. Für die anderen erfolgte Freispruch.

Aus dem Riesengebirge

Schwere Zuchthausstrafen. Wegen Straßenraubes standen der Kellner Bückner und der Schlosser Kammer aus Breslau vor dem Hirschberger Schöffengericht. Beide hatten den Schlosser Schindhelm kennengelernt. In der Nähe von Boberröhrsdorf überfielen die beiden den Schindhelm und schlugen so lange auf ihn ein, bis er bewußtlos liegenblieb. Dann fesselten sie ihn, raubten ihm 4 Mark Bargeld und den Koffer. Es gelang, Bückner in Landeshut und Kammer in Breslau zu verhaften. Der vierzehnmal vorbestrafte Kammer erhielt wegen Straßenraubes und schwerer Urkundenfälschung fünf Jahre neun Monate Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Bei Bückner lautete das Urteil auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.